Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

283 (3.12.1918)

Visual Library

No. 283. Karlsruhe, Dienstag den 3. Dezember 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.20 M, ¼jährl. 3.60 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M; durch die Post 1.34 M bezw. 4.02 M; durch die Feldpost 1.35 M bezw. 4.05 M, vorauszahlbar

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme ½9 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Fochs Ultimatum.

Berlin, 2. Dez. Nach Blättermeldungen hat General Foch der deutschen Waffenstillstandskommission ein Ultimatum mit 24stündiger Befristung überreichen lassen, worin die französische Forderung, die Auslieferung sämtlicher stärkster und bester Lokomotiven erneut aufgestellt wird. Das Ultimatum läuft heute vormittag 10 Uhr ab. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission Staatssekretär Erzberger hat sofort nachdrücklich Einspruch erhoben und erklärt, die Erfüllung der Forderung wäre selbst dann unmöglich, wenn man das ganze deutsche Wirtschaftsleben durch Aussuchen der stärksten und besten Lokomotiven in Unordnung brächte. Er habe den Vermittlungsvorschlag gemacht, daß Deutschland alle gegenwärtig in Reparatur befindlichen Lokomotiven nach Fertigstellung abliefern werde.

*

Es wird allgemein als ein offenes Geheimnis betrachtet, daß die Franzosen in ihrem Siegesrausch gierig nach einem Vorwande zu suchen, das Abkommen zu kündigen und in das wehrlose Deutschland einzumarschieren. Wir sind in der wenig beneidenswerten Lage, nicht das geringste dagegen machen zu können. Man kommt immer mehr zur Ueberzeugung, daß das deutsche Volk den Leidenskelch des Krieges noch lange nicht bis zur Neige geleert hat. Die Hauptsache wird dem Anscheine nach noch kommen. So weit hat es der Militarismus mit uns gebracht. Jeder, der ihn unterstützte, mag daran seine eigene Schuld abmessen.

Die Franzosen in der Pfalz.

WTB. Landau, 2. Dez. Im Laufe des Sonntag vormittags trafen, wie der „Pfälzer Bote" meldet, die ersten Besatzungstruppen französischer Nationalität hier ein. Von Impflingen bezw. Weißenburg kommend, hielten sie, in der Hauptsache Jäger zu Pferde und Artillerie, letztere ihre Geschütze mit sich führend, unter klingendem Spiele ihren Einzug. Vor dem Quartier des Oberkommandierenden defilierten die Truppen, die später in den Kasernements des 12. Feldartillerie-Regiments untergebracht wurden. Gegen 12 Uhr wurde von zwei Offizieren der gesamte Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieb übernommen. Später wurden die bahntechnischen Anlagen in Augenschein genommen. Nahezu der gesamte Eisenbahnverkehr ist eingestellt. Von dem Postgebäude, dem früheren französischen Tore und von dem Hauptbahnhof weht die Trikolore.

Die Lage an der Ostfront.

WTB. Berlin, 2. Dez. Auf die Ausführungen des Führers des Arbeiter- und Soldatenrates Molkenbuhr, die vollkommen ungerechtfertigte Aeußerungen über die Ostverhältnisse bringen, erging folgender Protest durch den Zentralrat der Ostfront: Der Zentralrat der Ostfront ist erstaunt über die Aeußerung von Ihnen, daß die in Rußland liegende Armee wohl kaum an eine Rückkehr denken könne. Wir verstehen nicht, wie Sie derartiges in öffentlicher Versammlung sagen können wo die ganze Lage der Ostfront zu diesem Pessimismus keinen Anlaß gibt, so lange es den Soldatenräten gelingt, ihre Politik der Ruhe und Ordnung weiter durchzuführen. Mit derartigen Mitteilungen verwirren Sie nur die Stimmung in der Heimat, als auch bei der Truppe, die derartige Nachrichten empfängt, erschweren unsere außerordentlich großen Aufgaben und beschwören erst die Gefahren herauf, die Sie als schon vorhanden darstellen. Wir ersuchen Sie dringend, über die Ostfragen nur unsere bevollmächtigten Vertreter sprechen zu lassen, die wirklich mit der Sachlage vertraut sind. Zentralrat der Ostfront.

Reichstag und Volksregierung.

Freiburg (Breisg.), 2. Dez. Der Reichstagspräsident Fehrenbach erhielt heute vom Reichstagsbüro folgendes Telegramm: Von der Reichsregierung ist mir folgendes Schreiben zugegangen: Die Reichsregierung hat verfügt, Sie zu beauftragen, vom 1. Dezember ab an die Herren Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszahlen zu wollen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten. Zugleich beauftragen wir Sie, die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten der Herren Reichstagsabgeordneten veranlassen zu wollen. Ebert, Haase.

Darauf hat der Reichstagspräsident an die Reichsleitung und das Reichstagsbüro folgendes telegraphiert: An die Reichsleitung, Berlin: Laut telegraphischer Mitteilung haben Sie das Reichstagsbüro angewiesen, vom 1. Dezember 1918 den Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszuzahlen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung gezahlt werden müßten, sowie die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten zu veranlassen. Diese Anordnungen sind gesetzwidrig. Die freie Eisenbahnfahrt ist gesetzlich festgelegt für die Dauer der Legislaturperiode, die noch andauert, und die Auszahlung der Dezemberdiätenrate darf nicht abhängig gemacht werden von der Fiktion einer Reichstagsauflösung. Der Reichstag ist nicht aufgelöst, und ich protestiere namens des Reichstags gegen diese Gesetzwidrigkeiten. Die Regierung ist auch nicht berechtigt, dem Reichstagsbüro mit Umgehung des Präsidenten Weisungen zugehen zu lassen. Ich habe dem Büro verboten, der dortigen Verfügung nachzukommen. Fehrenbach, Reichstagspräsident.

Reichstagsbüro Berlin. Die Verfügung der Reichsregierung bezüglich der Diäten und der Freifahrkarten ist, solange der Reichstag nicht aufgelöst ist, gesetzwidrig. Die Regierung hat auch nicht das Recht, mit Umgehung des Präsidenten Ihnen direkte Weisungen zukommen zu lassen. Ich habe gegen diese Gesetzwidrigkeit protestiert und verbiete Ihnen, der Weisung der Regierung nachzukommen.

Unerwünschte Gäste.

Berlin, 2. Dez. Zu der Mitteilung, daß die Bolschewisten Deutschland als Bundesgenossen wünschten, heißt es im „Vorwärts": Das Streben der russischen Regierung, die deutsche und die bolschewistische Revolution in eine Linie zu stellen, ist offensichtlich und nimmt zu absonderliche Formen an, als daß es nicht von jedem Deutschen, der es mit der deutschen Revolution ehrlich meint, zurückgewiesen werden müßte. Auf demselben Gebiet liegt die Anmeldung russischer Delegierter zur Versammlung deutscher Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember. Daß sich die Russen uneingeladen einfinden wollen, beweist lediglich, daß sie sich bemühen, sich zwischen Deutschland und die Entente zu stellen. Die Entente, mit der Deutschland Frieden schließen will, hat ausdrücklich erklärt, daß sie nicht zugleich die Bolschewisten bekämpfen und mit einem dem Bolschewismus huldigenden Deutschland Frieden schließen könne.

Gegenrevolutionäre Ausschreitungen.

Kreuznach, 2. Dez. Zu ernsten gegenrevolutionären Ausschreitungen kam es in Kreuznach anläßlich der Tatsache, daß der Arbeiter- und Soldatenrat am dortigen Rathaus neben den Nationalfahnen auch die rote Flagge gehißt hatte. Nachdem diese vor einigen Tagen durch einen Offizier herabgeholt war, wurde sie am Sonnabend nachmittag auf Befehl eines Offiziers von mehreren Mannschaften abermals gewaltsam herabgeholt und vor dem Rathaus in Anwesenheit des dem Durchmarsch zusehenden Publikums verönnt. Nachdem diese Fahne durch eine neue ersetzt war, kam es am Sonntag vormittag zu ernsthaften Ausschreitungen. Einige im jugendlichen Alter stehende Unteroffiziere des hier einquartierten 98. Infanterieregiments erschienen mit Revolvern bewaffnet auf dem Büro des Arbeiter- und Soldatenrats, machten der anwesenden Leitung den Vorwurf, daß die mangelhafte Ernährung der Truppen die Schuld des Arbeiter- und Soldatenrats sei, und verlangten die Entfernung der roten Fahne. Ohne die ihnen angebotene Unterredung mit dem Ortskommandanten abzuwarten, bahnten sich die Leute gewaltsam unter Drohungen mit Waffengebrauch den Weg zu dem verschlossenen Raum, erbrachen ihn und entfernten die Fahne unter dem lauten Beifall des den sogenannten besseren Ständen angehörenden Publikums.

Alsdann hielt ein berittener Hauptmann eine patriotische Ansprache und brachte ein dreifaches Hurra auf Se. Majestät aus, in welches die Menge kritiklos einstimmte. Nunmehr erschien bewaffnete Bürgerwehr, um auch den übrigen Fahnenschmuck des Rathauses zu entfernen. Das Publikum nahm eine drohende Haltung ein. Die Abordnung bat darauf, in diesem kritischen Augenblick den Arbeiter- und Soldatenrat, mit Rücksicht auf den Ruf und den Fremdenverkehr Kreuznachs, man möge nachgeben, um weitere Ausschreitungen und Blutvergießen zu vermeiden. Aus diesem Grunde entsprach der Arbeiter- und Soldatenrat der Bitte und beschloß, von dem weiteren Hissen der roten Fahne vorläufig Abstand zu nehmen. Wie festgestellt, sind diese Ausschreitungen auf Veranlassung von Offizieren durch radaulustige jugendliche Militärs hervorgerufen worden und können nicht als Stimmungsausdruck der Fronttruppen betrachtet werden. Die hier abgehaltenen Volks- und Soldatenversammlungen haben deutlich bewiesen, daß die große Masse des Militärs und der Bürgerschaft auf demokratischem Boden stehen.

Keine Einfuhr mehr aus Holland.

Amsterdam, 2. Dez. Dem „Telegraf" zufolge teilt die Niederländische Ausfuhrgesellschaft mit, daß vom Samstag bis auf Weiteres keine Ausfuhrerlaubnis nach den Mittelmächten erteilt werden wird. Der Beschluß steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Stillegung der deutschen Kohlenausfuhr nach Holland

Gelogen und betrogen.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Männer, die uns eine feile Presse jahrelang als die Urbilder der germanischen Treue gepriesen hat, stehen jetzt entlarvt als eine Schar niedriger und gewissenloser Betrüger. Sie, die jeden vor die Pistole gefordert hätten, der sie auch nur des geringsten Abweichens von der Wahrheit geziehen hätte, haben vom ersten Kriegstag an mit einer Dreistigkeit sondergleichen dem Volk absichtlich die Unwahrheit gesagt. Wie die politische Campagne für den U-Boot-Krieg eine Kette lügenhafter Behauptungen war, so waren auch die Darstellungen über die Rolle der deutschen Machthaber beim Ausbruch des Krieges nichts als eine Häufung schwindelhafter Entstellungen.

Die Sozialdemokratie kann diese Tatsachen mit voller Ruhe aussprechen. Für sie ist die Frage der Kriegsschuld niemals das ausschlaggebende Moment gewesen, nach dem sie ihre Stellung zum Kriege einrichtete. Sie hat diese Frage stets offen gelassen und das Hauptgewicht stets auf den Umstand gelegt, daß, nachdem der Krieg einmal da war, Deutschland sich im Zustande höchster Bedrohung befand. Mit der Bewilligung der Kriegskredite hat die Sozialdemokratie niemals ein Urteil über die Kriegsschuld abgegeben, sondern lediglich einen Ausgang des Krieges verhindern wollen, wie er nun leider doch eingetreten ist. Denn wir sagten im voraus, daß die imperialistischen Machthaber der Entente auf jeden Fall das deutsche Volk für die Sünden seiner Machthaber und noch weit darüber hinaus büßen lassen würden, sobald ihnen der volle Sieg zufiele. Dabei waren wir uns darüber klar, daß auch bei einem Ausgang des Krieges, der das deutsche Volk vor dem Furchtbarsten bewahrt hätte, die Stunde gekommen wäre, in der die Gewalthaber von 1914 für ihre Politik zur Rechenschaft gezogen worden wären.

Ueber die schwere Schuld des militärischen Klüngels und der an seinem Gängelband geleiteten deutschen Diplomatie kann nach den bayerischen Enthüllungen kein Zweifel mehr sein. Soweit diese Leute sich noch im Bereich der deutschen Justiz befinden, müssen sie vor einem Staatsgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden. Es ist ganz gelungen, daß alldeutsche Organe, wie die Deutsche Tageszeitung sich gegenüber der Idee einer solchen Anklage gar nicht ablehnend verhalten. Sie hoffen bei der Gelegenheit doch noch ihr Mütchen an dem verhaßten Bethmann kühlen zu können. Sehr Ihr, so schreibt jetzt die alldeutsche Presse, es waren doch nicht die amtlichen Militaristen, es waren nicht Kaiser Wilhelm und die Generäle, die uns den Krieg eingebrockt haben, sondern die zivilen Diplomaten, Bethmann, Jagow, Zimmermann usw. Die Deutsche Tageszeitung hat sogar die Stirn, sich auf den Umstand zu berufen, daß der Kaiser sich auf der Nordlandreise befunden habe und die militärischen Stützen, der Chef des Generalstabes und der Kriegsminister, in der kritischen Zeit nicht in Berlin gewesen seien, wie ja aus den Berichten Lerchenfelds selber hervorginge. Aus den Berichten Lerchenfelds geht aber hervor, daß all das eine abgekartete Komödie war, um Deutschland vor der Welt möglichst fernstehend erscheinen zu lassen. Die Militärmacht, der Kaiser, der Generalstabschef und der Kriegsminister an der Spitze, haben sich nach der Art raffinierter Verbrecher ihr Alibi verschafft, bevor sie an die Tat gingen.

Wir haben gar keine Ursache, die Herren Bethmann, Jagow, Zimmermann usw. der Anklagebank zu entziehen. Aber wir sind sicher, daß schon der erste Verhandlungstag überreiches Material liefern wird, um die noch leeren Plätze auf der Anklagebank mit den schuldigen Generälen und Admirälen zu füllen, falls wirklich darauf verzichtet werden sollte, auch diese sofort in den verdienten Anklagezustand zu versetzen.

*

Zur Frage des Staatsgerichtshofes haben wir uns bereits im Leitartikel der Nummer 273 geäußert. Es wurde dort dagegen geltend gemacht die eigenartige Prozeßsituation, die beim Staatsgerichtshof in politischen Verhandlungen immer einen Teil der Mitglieder des Gerichtshofes zu Richtern macht, die doch eigentlich von Partei und politischer Gesinnung wegen ihre Ankläger sind. Wir haben ferner Bedenken gehabt, die schwere Materie der Kriegsschuld, welche bekanntermaßen nicht nur Menschen zur Last fällt, sondern auch in objektiven Verhältnissen liegt, einem Gerichtshof zu unterbreiten, der diesen historischen Spezialfragen kaum gewachsen sein kann. Dazu kommt die technisch-diplomatische Schwierigkeit, sämtlicher noch lebenden Schuldigen und Zeugen habhaft zu werden und die Möglichkeit, die Verhandlung mit auswärts einvernommenen Zeugen durchführen zu müssen. Nachzutragen wäre noch folgender Gesichtspunkt: es hat nur dann einen allgemeinen Wert, das sensationelle Schauspiel eines feierlichen Staatsgerichtshofes zu inszenieren, wenn eine Reinigung von politischen Schädlingen vorgenommen werden kann. So stand es in Frankreich zur Zeit des Dreifußskandals. Damals handelte es sich für die Republik darum, ihrer klerikalen und monarchistischen Verschwörer Herr zu werden und deren Machenschaften aufzudecken. Bei uns ist es anders. Die Schädlinge haben ihr Werk getan. Sie sind in alle Mauselöcher rettender Auslandsasyle geflohen. Ihr Einfluß ist nicht mehr zu fürchten. Wozu eine Leichenversammelung? Wo wir ohnehin so

viel zu tun haben, um uns in unseren neuen Verhältnissen einzurichten. Aber freilich, dabei bleibe es: die Verbrecher, welche bestehende Spannungen zwischen den Völkern ausnutzten, um sie in den Krieg zu stürzen, müssen samt und sonders an den Schandpfahl. Jedes Dokument, welches ihre Schuld beleuchtet, heraus ans Tageslicht, damit man, wo die Kriegsstifter sich sehen lassen, mit Fingern auf sie weise und ihnen den Furienschrei „Weltbrandstifter" ins Gesicht schleudern kann.

Vorgänge in den österreichischen Staaten.

WTB. Prag, 29. Nov. Die deutschen Eisenbahner in Marburg traten, da die deutschen Beamten durch südslawische ergänzt werden und die Eisenbahnen militarisiert werden sollen, in den Ausstand. Von Marburg fährt kein Zug ab. Die Ruhe ist bis jetzt nicht gestört.

WTB. Laibach, 29. Nov. Wiener Corr.-Bur. Die Italiener setzten den Bürgermeister in Abbazzia ab, setzten einen Gemeindeausschuß ein und ließen Aufrufe an die Lehrerschaft und die Beamtenschaft ergehen, in denen diese im Namen des Königs von Italien aufgefordert werden, für die Einverleibung der istrianischen und der an der Küste gelegenen Gebiete in das Königreich Italien tätig zu sein.

Das Korr.-Bur. meldet aus Belgrad: Heute vormittag begannen Verhandlungen zwischen den Delegierten des südslawischen Nationalrates in Agram und der Vertretern der Regierungen und Parlamente der Königreiche Serbien nd Montenegro. Die Verhandlungen betreffen die Vereinigung aller südslawischen Gebiete zu einem einheitlichen Staat.

WTB. Innsbruck, 29. Nov. Privatmeldungen zufolge ist in der letzten Zeit in dem von Italienern besetzten Gebiet von Deutschösterreich eine gemischte Ententekommission vorgesehen, die die Verwaltung übernehmen wird. Diese wird von der Bevölkerung mit Beruhigung erwartet, da sie geeignet sei, die dauernden Völkerrechtsverletzungen der Italiener einzuschränken.

Aus dem Pustertale kommen Berichte, daß durch fortgesetzte Requirierung der Italiener Hungersnot bevorsteht. In wenigen Wochen sei mehr requiriert worden als in drei Jahren. Infolge Lebensmittelmangels herrsche eine erschreckend hohe Säuglingssterblichkeit.

WTB. Prag, 29. Nov. Wiener Korr.-Bur. Die deutschen Blätter melden aus Brüx: Heute früh besetzten die Tschechen den Aussig-Teplitzer Bahnhof und das Post- und Telegraphenamt. Bei dem Versuche, die Kaserne, in der die Volkswehr untergebracht ist, zu nehmen, kam es zu einem heftigen Feuerkampf. Auf Seiten der Tschechen gab es neun Tote und Schwerverletzte, auf Seiten der Deutschen einen Toten. Als die Tschechen sahen, daß sie die Kaserne nicht nehmen konnten, ersuchten sie um Einstellung des Feuers. Bei den Verhandlungen forderten die Tschechen, daß die Volkswehr die Kaserne räume und den Sicherheitsdienst aufnehme, wogegen die Tschechen sich verpflichteten, die Ruhe aufrechtzuerhalten und für die persönliche Sicherheit der Bewohner zu sorgen. Die Deutschen erklärten sich bereit, die Kaserne unter diesen Bedingungen zu räumen. Der bis 3 Uhr nachmittags ausbedungene Waffenstillstand wurde aber um 2 Uhr durch heftiges Feuer unterbrochen. Die Tschechen behaupteten, daß von den Deutschen geschossen worden sei. An mehreren Stellen der Stadt entstand ein heftiger Feuerkampf, der bis 5 Uhr nachmittags andauerte. In dieser Zeit räumte die Volkswehr die Kaserne. Es gab mehrere Verwundete. Infolge der Vorkommnisse wurde der Eisenbahnverkehr zwischen Dux und Komotau gänzlich eingestellt.

WTB. Reichenberg, 29. Nov. Wiener Korr.-Bur. Auf der deutschen Strecke der böhmischen Nordbahn streiken seit Montag 3000 Arbeiter, Beamte und Bedienstete. Zwischen dem deutschen Staatsrat und der tschechischen Regierung schweben Verhandlungen über die Beilegung des Streiks.

Ausland.

WTB. Helsingfors, 29. Nov. Nach hier eingegangenen Meldungen sind mehrere deutsche Dampfer, welche Kohlen nach Petersburg brachten, dort nach Löschung der Ladung ohne einstlichen Grund am Auslaufen verhindert worden. Es handelt sich um Kohlenmengen, welche von Rußland gegen Austausch in Nickel, Kautschuk und anderen wichtigen Rohstoffen geliefert werden sollten. Der Dampfer „Heimond", der am 8. November gelöscht hatte, konnte nur durch List am 18. November Petersburg verlassen. Er wurde bis zum 24. November in Kronstadt aufgehalten und traf am 26. November in Helsingfors ein.

Deutsches Reich.

Ein Protest der Techniker. Eine von 2000 Technikern besuchte Versammlung des Bundes technischer Berufsstände in Berlin beschäftigte sich mit der Zusammensetzung der Kommission für die Vergesellschaftung von Großbetrieben und erörterte die Mängel dieser Kommission, die darin ruhen, daß keinerlei Techniker, sondern außer dem Bergarbeiter Hue nur Männer der Theorie daran beteiligt sind. Der Bund technischer Berufsstände hält es für unerläßlich, daß dieser Mangel sogleich beseitigt werde und wandte sich in diesem Sinnen sowohl an den Vollzugsausschuß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates, als an die Volksbeauftragten Ebert und Haase, um eine anderweite Zusammensetzung dieser Kommission unter Hinzuziehung hervorragender Fachleute herbeizuführen.

Parteiverschmelzung. Wie wir von beteiligter Seite erfahren haben die über die Vereinigung der deutschen demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei geführten Verhandlungen unter den damit betrauten Persönlichkeiten zu einer vollen grundsätzlichen Verständigung geführt.

Die Zersetzung der Unabhängigen.

Während die große sozialdemokratische Partei in voller Einigkeit und Geschlossenheit an die schweren Aufgaben herangetreten ist, die die Revolution ihr gestellt hat, befindet sich die kleine Partei der Unabhängigen in einem Zustand der wildesten Gährung und Zersetzung. Man kann mit gutem Recht sagen, daß es eine Partei der Unabhängigen überhaupt nicht mehr gibt und daß sich ihre Spaltung in Sozialdemokraten und Anarchisten bis auf einen kleinen Rest schon vollzogen hat.

Das Berliner Organ der Unabhängigen, die „Freiheit", gibt offen zu, daß in der Frage der konstituierenden Versammlung die Meinungen in der Partei noch auseinandergehen. In der wichtigsten grundsätzlichen Frage der Revolution weiß also diese Partei, die an den Regierungsgeschäften teilnimmt und mitunter nicht üble Lust zeigt, sie ganz allein zu führen, noch immer nicht recht, was sie tun oder lassen soll. Ein Flügel, der den sozialdemokratischen Grundsätzen treu geblieben ist, hält fest am demokratischen Prinzip, der andere, der unter der Spartakusfahne ficht, hat es verleugnet und möchte das Volk durch die Diktatur seiner eigenen Gruppe mit dilettantisch ersonnenen Sozialisierungsversuchen beglücken.

Wie angenehm sich das Verhältnis zwischen den beiden Richtungen gestaltet hat, geht unter anderem daraus hervor, daß die Hamburger Spartakisten klagen, die Rechts-Unabhängigen hätten sich ihres Organs, der Hamburger „Roten Fahne" durch einen Gewaltstreich bemächtigt. Ganz im Besitze der Spartakisten befindet sich aber die Berliner „Rote Fahne", die in ihrer Nummer vom letzten Donnerstag gegen die Unabhängigen „Regierungssozialisten", Haase, Dittmann, Kautsky und Ströbel grimmig zu Felde zieht, indem sie bemerkt, wer sich so in den Dreck gesetzt habe, habe reichlich verdient, daß ihn ein wenig an dem Hintern friert. Die Gegensätze zwischen Konstituante oder Sowjetverfassung seien unerbittlich klar gestellt und man müsse sich entscheiden. Die „Rote Fahne" sieht aber im sozialdemokratischen Programm schlechtweg „Verrat an der Revolution" und Gegenrevolution. Sie findet das Urteil des „Vorwärts", die Unabhängigen trieben unklare Kompromißpolitik, noch zu sanft und meint, was sie trieben, sei überhaupt keine Politik, sondern „das Gebahren eines alten Mannes, der den Orientierungsplan verloren hat, sich im Kreise bewegt und die alten Kindergebete in endloser Monotomie vor sich her sagt".

Den Unabhängigen droht die Krise zugleich von zwei Seiten. Auf der einen Seite werden sich die Sozialdemokraten in der Regierung, die aus dem Kompromißbedürfnis der Unabhängigen geborenen Versuche, die Konstituantenwahlen zu verschieben, nicht länger gefallen lassen. Auf der andern Seite steht ihnen ein Parteitag bevor, auf dem die Spartakisten die Mehrheit zu gewinnen hoffen. Die Minderheit wird dann um ihr Schicksal nicht zu beneiden sein, denn in einer Frage des demokratischen Prinzips kann es keine Unterwerfung unter den Willen einer antidemokratischen Mehrheit geben für Leute, die den Namen Sozialdemokraten noch verdienen wollen.

Als Ergebnis des Zersetzungsprozesses ist vorauszusehen, Eine gewaltige, einige und festgeschlossene sozialdemokratische Partei auf der einen Seite und ein kleines Häuflein spektakelnder Wirrköpfe auf der andern. Es ist zu wünschen, daß sich diese Klärung so rasch wie möglich vollziehen möge.

Eine Tagung der Soldatenräte des Feldheeres.

fand am Sonntag in Ems statt. Die 220 Divisionen der Westfront hatten je einen Vertreter entsandt, im ganzen waren 290 Vertreter anwesend, darunter vielleicht zwei Dutzend Offiziere und einige Aerzte. Reichstagsabg. Giebel, der als Vertreter der vorläufigen Regierung bei der Obersten Heeresleitung tätig ist, berichtete über die politischen und allgemeinen Verhältnisse in Deutschland und die Stellung der Regierung zur gegenwärtigen Lage. Weiter sprach neben Frontvertreter der Volksbeauftragte Barth. Zum Schlusse fand folgenden Resolution beinahe einstimmige Annahme:

„Wir, die in Bad Ems versammelten Delegierten des Feldheeres, grüßen die neue deutsche Freiheit, grüßen die junge deutsche Republik. Wir sind gewillt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, sowohl gegen gegenrevolutionäre Bestrebungen von rechts, die auf eine Wiederaufrichtung des alten Regimes hinarbeiten, als gegen Versuche von links, die Gewalt von oben durch die Gewalt einer Minderheit von unten zu ersetzen, denn dann würde nur der Friede verhindert, die Einheit des Reiches gefährdet, die Ordnung im Innern aufgelöst und ein Neubau des Vaterlandes unmöglich gemacht. Beide Versuche führen lediglich zum Bürgerkrieg. Für den Neubau ist die politische Demokratie, aber auch, um die Folgen des verwüstenden Krieges zu heilen, die schrittweise Sozialisierung der dafür reifen Betriebe notwendig. So müssen wir vor allen Dingen die heiligen Pflichten, die das Volk gegen die Opfer des Krieges, die Witwen und Waisen unserer gefallenen Kameraden und die Kriegsbeschädigten, hat, erfüllen. Nur so ist es möglich, die sozialpolitischen Forderungen des werktätigen Volkes, der Hand- und Kopfarbeiter, zu verwirklichen. Um so mehr beklagt der Vertretertag die Streiks der lebenswichtigen Industrie. Wir, die in jahrelangen schweren Kämpfen unser Leben eingesetzt haben, appellieren an die Einsicht und die Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft, den Wiederaufbau Deutschlands nicht durch Arbeitsverweigerungen zu gefährden; denn gerade die und mittelten Bevölkerungskreise würden am schwersten an den Folgen zu leiden haben und unsere Existenzmöglichkeit würde aufs ernsteste gefährdet werden. Der Vertretertag ist sich bewußt, daß zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele so schnell wie möglich eine gesetzmäßige Regierungsgewalt gegründet werden muß. Er verlangt deshalb die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalsammlung. Die Teilnahme an der Wahl muß für alle wahlberechtigten Angehörigen des Heeres gesichert sein.. Der Vertretertag hat das Vertrauen zu der Regierung Ebert-Haase, daß sie in dieser Richtung ihre ganze Kraft einsetzen wird. Er stellt sich deshalb im Namen des Feldheeres entschlossen hinter sie."

Soziale Rundschau.

Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat angeordnet, daß die Behörden und öffentlichen Betriebe ihre aus dem Heeresdienste entlassenen früheren Beamten, Angestellten und Arbeiter auch dann wieder einzustellen haben, wenn sie kriegsbeschädigt sind. Solange bei einer Behörde oder bei einem öffentlichen Betrieb noch Frauen beschäftigt sind, die erst während des Krieges zur Aushilfe eingestellt sind, dürfen Kriegsbeschädigte, die sich für die Arbeit dieser Frauen eignen, nicht entlassen werden. Allen Behörden und öffentlichen Betrieben wird es zur Pflicht gemacht, auf frei werdenden Stellen nach Möglichkeit Kriegsbeschädigte zu verwenden. Schwerkriegsbeschädigte, das sind solche, die über 50 Prozent erwerbsunfähig sind, sind vorzugsweise zu berücksichtigen. Stellen, die bisher nur Frauen besetzt sind, sind im Falle ihrer Erledigung in einer Reihe Kriegsbeschädigten zu übertragen. Alle freiwerdenden Stellen sind beim Landesarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte in Karlsruhe, Zähringerstraße 100, anzumelden. Die Privatbetriebe werden dringend ersucht, in gleicher Weise zu verfahren.

Eine vernünftige Maßnahme zugunsten der Kriegsbeschädigten hat die Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Hannover beschlossen. Im Bereich des 10. Armeekorps sind bei den ärztlichen Untersuchungen zwecks Rentenfestsetzung vom Arbeiter- und Soldatenrat bestimmte Vertrauensleute hinzuzuziehen, welche bei Festsetzung der Renten mitzuwirken haben.

Um Weg und Graben.

Novelle nach dem Flämischen des Toussaint van Boelare.
Von Julius Zerfaß.
(Fortsetzung.)

Die Mütter waren tiefgerührt durch den Ernst der Ereignisse und die feierliche Schönheit ihrer Kinder. Freilich trug auch der Himmel sein Möglichstes bei, den Tag zu verschönern, denn die Sonne strahlte von einem blauen Firmament. Und im Grase hatte der Frühling mit Maßliebchen einen lieblichen Teppich gestickt. Alle Bäume ringsum blühten rosa und weiß und der Duft der Mandelbäume mischte sich mit der Süße der Luft. Janette und Franz, waren sie nicht ein herrliches Paar

Die Väter schienen höchst zufrieden; ihre Gesichter glühten vor Stolz. Wenn beider Güter eins wären, kein reicherer Hof in Flandern würde zu finden sein. Dann müßte ihr Mahl hergerichtet werden, gegen das das heutige ein Kinderspiel wäre. Dabei vergaß Bauer Jan sein Vorhaben, Cies dazu zu bekommen, daß er für die Unterhaltung des Weges keinen Zins mehr zu bezahlen brauche. Und Bauer Cies vergaß, daß er diesmal Jan zur Verbreiterung des gemeinsamen Weges und der Brücke zwingen wollte. An dies dachten sie beide am folgenden Tage mit um so größerem Aerger, und so wüteten sie im stillen gegeneinander.

Wenn Bauer Cies zuerst seinen Nachbarn über dem Wasserlauf an seiner Landesgrenze bemerkte, sagte er: „Guten Morgen, Bauer Jan." Hatte Bauer Jan zuerst in der Nähe Wasserlaufes zu tun, so rief er: „Morgen, Bauer Cies," und freundlich erwiderte der eine des andern Gruß. Aber sonst ging Bauer Cies allein zur Kirche und das tat auch Bauer Jan. Nach dem Gottesdienst besuchte Bauer Jan den „Merlo" und Cies trank seinen Schnaps im „Gesellschaftshaus". Beide, von jeher daran gewöhnt schritten um halb zwölf heimwärts. Aber der „Merlo" lag etwas näher beim Hof, so daß Bauer Jan den ganzen Weg seinen Nachbarn vor sich hergehen sah, ohne ihn zu kennen, und Bauer Cies hörte andauernd den bekannten Schritt seines Nachbarn, ohne sich umzusehen, wer ihm da so hartnäckig auf den Fersen war. Des Abends spielte Bauer Cies Karten in der „Krone". Bauer Jan fand seine „Gesellschaft" im „Treppchen". Und so begegneten sie sich niemals, weder im Dorfe, noch auf der Straße, oder auf dem gemeinschaftlichen Weg. Ja, sogar nachmittags auf dem Felde wußten sie es zu richten, daß sie nicht zusammentrafen.

Des Sonntags 20 vor 9 Uhr traten Janette und ihre Mutter aus der Haustüre; im selben Augenblick erschienen Franz und seine Mutter im Hof. Unten bei der Brücke trafen sie denn zusammen. So gingen sie gemeinsam früh zur Messe; nachmittags zur Vesper. Zusammen kamen sie auch wieder zurück: an der einen Seite Janette mit ihrer Mutter, auf dem andern Flügel lief Franz.

*

Und als Janette und Franz die Schule hinter sich hatten, aufwuchsen und zu Verstand kamen, packten sie auch fest mit an. Franz grub; und mit besonderer Vorliebe grub er in der Nähe des Wassergrabens. Er nahm es sehr genau dabei. Bauer Jan freute sich über seinen Sohn, da er gewahr wurde, daß Franz unter Graben und Hacken den Wasserlauf immer mehr hinüberdrängte und sachte das Eigentum vergrößerte. Das bemerkte Bauer Cies nach kurzer Zeit. Er konstatierte, daß es ihm nun dadurch, daß die Schollen hineinrollten, noch mehr Mühe kosten würde, den Wasserlauf gehörig sauber zu halten und wurde wütend auf den heimtückischen Affen von Franz.

Janette versorgte schon eine Kuh. Sie weidete sie am liebsten längs des Saumes am Wasserlauf nach der Brücke zu und folgte stets dem schmalen Wege. Bauer Cies war damit sehr zufrieden, da er sah, daß er mit dem verwahrlosten Gras des breiter gewünschten Weges eine Kuh mehr halten könnte. Er ließ deshalb Gras und Unkraut wachsen. Bauer Jan bemerkte bald wie der Weg, für den er doch Zins bezahlte, gar nicht mehr unterhalten wurde und wie der Nachbar seinerseits eine Kuh kostenlos füttern konnte. Und er ärgerte sich nicht wenig über Janette. Sein Haß lohte unaufhörlich.

„Keinen Knopf bezahle ich mehr für diesen Weg," beschloß er trotzig.

Cordula, die Frau vom Bauer Cies, starb im späten Sommer. Das Begräbnis war prächtig und feierlich. Das Kircheninnere war mit Trauertuch, auf dem silberne Tränen blinkten, ganz ausgedeckt; fünfzig schwere Kerzen brannten auf dem Hochaltar und den Seitenaltären. Sieben Priester in vollem Trauerornat lasen die Messen. Nach dem Begräbnis traktierte Bauer Cies die Trauergemeinde; er hatte die beste Köchin des Dorfes gemietet. Das Mahl war noch üppiger als bei der Kommunion. Denn Bauer Cies wollte nicht haben, daß irgend jemand denken sollte, ohne Jan wär er eine arme Laus. Ganze Wagenladungen wurden gebraten, Wild und Fisch wurden aufgetragen, zwanzig Schüsseln Reisbrei bis auf den Boden geleert und neunundzwanzig Torten und Kuchen radikol verschlungen. Fünf große Tonnen Bier waren im Garten aufgestapelt und vier Knaben liefen unaufhörlich hin und her, um Kannen und Gläser zu füllen. Auch Wein gab es in Fülle und drüben von der Straße her verfolgten die Armen der Gegend den Trubel dieses Leichenschmauses.

Bauer Jan war nicht gebeten. Aber während der ganzen Zeit, da man drüben schmauste, trat er jeden Augenblick in den Türrahmen, die Hemdärmel heraufgekrempelt und eine reinweiße Serviette unters Kinn gebunden. Sein Gesicht war feuerrot. Ab und zu entkorkte er zwischen den Knien mit Gewalt eine Flasche Wein, beleckte prüfend den Korken und den offenen Flaschenhals, um dann die Flasche mit Kennermiene zu erheben und den Inhalt hinunterglucken zu lassen. Ein andermal rieb er sich mit einem Zipfel der Serviette den perlenden Schweiß von der Stirne, lockerte den Leibriemen und, schwer gegen den Türpfosten gelehnt, schöpfte er tief Atem. Er schien nicht mehr „Papp" sagen zu können. Jedoch Franz ließ sich den ganzen Tag nicht blicken. . . .

(Schluß folgt.)

Die Nationalwahlen.

Partei Drehscheibe.

Ein klägliches Bild bieten zurzeit die badischen Nationalliberalen. Sie haben wieder einmal den Anschluß verpaßt und stehen deshalb „allein auf weiter Flur" und wissen, daß, wenn sie allein bleiben werden, am Wahltag ein Volksgericht über sie hereinbrechen wird wie noch nie ein solches über eine Partei hereingebrochen ist. Sehnsüchtig, voll heißem Liebesverlangen, schauten sie nach den Freunden von links, nach den Fortschrittlern — der Kurs der Drehscheibe steht natürlich in Zeiten wie der gegenwärtigen noch links. Am Samstag abend sprach Herr Kammerstennograph Frey in einer Versammlung der Karlsruher Nationalliberalen Partei über die Verschmelzung der beiden liberalen Parteien. Elegisch, wie Herr Frey immer in seinen Reden ist, mußte er mitteilen, daß eine Einigung gescheitert sei; man fühlt, wenn man so die Berichte über diese Versammlung liest, förmlich die Trauer und die Angst heraus, die die Nationalliberalen beschleicht, weil sie nun so ganz allein, so einsam und verlassen sich dem Volksgerichte ausliefern müssen. Aber das ist gut so. Die Fortschrittler, die wissen, um was es sich diesmal handelt, die ja auch von jeher in der Wahlhuberei Meister waren, fühlten keine Gegenliebe, sie verzichteten darauf, sich durch Uebernahme der gesamten nationalliberalen Konkursmasse zu kompromittieren. Die Masse, d. h. die Wähler, so meinte Herr Frey, wollten die Fortschrittler wohl, aber auf die Bankrotteure, die Führer, verzichteten sie gerne. Die Fortschrittler wissen, was sie wollen, sie halten scharf nach links und wissen, daß sie die nationalliberalen Wähler doch bekommen, ob die stolzen Herren Führer nun ein Wahlgeschäft abschließen oder nicht.

Es ist aus mit den Nationalliberalen, ganz aus! Um die Stimmung nicht ganz auf den Hund kommen zu lassen, gab in der genannten Trauerversammlung Herr Rebmann die übliche Hurra-Kämpfer-Injektion; aber es nützt alles nichts mehr. Die Drehscheibe ist aus dem Leim. Das Jammergebilde stirbt, das so viel Unheil in der deutschen Politik angerichtet, geht elendiglich zu Grunde, das badische Volk wird ihm am 5. Januar ein imposantes Leichenbegängnis geben — allerdings, der teuren Zeit entsprechend, nur 3. Klasse. Und auf dem Leichenstein soll es heißen: Gestorben an Altersschwäche und am Volksverrat!

*

In den gestrigen Abendblättern bringt die nationalliberale Parteileitung folgende Erklärung:

Der Engere Ausschuß der Nat.-lib. Partei Badens nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der mit der Fortschrittlichen Volkspartei über den Zusammenschluß der beiden Parteien gepflogenen Verhandlungen. Er bedauert, daß die von der Nat.-lib. Partei gewünschte Einigung für Baden als an den unannehmbaren Forderungen der Fortschrittlichen Volkspartei gescheitert zu betrachten ist.

Der Engere Ausschuß steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Zusammenfassung aller freiheitlich gesinnten, nicht sozialdemokratischen Männer und Frauen in Baden und im Reich geboten ist.

Da auch die in Berlin für das ganze Reich geführten Einigungsverhandlungen der beiden Parteileitungen nur zur Auflösung der alten und zur Gründung zweier neuen Parteien geführt haben, tritt die Nat.-lib. Partei durch einstimmigen Beschluß ihres Engeren Ausschusses mit ihren sämtlichen Vereinen der neugegründeten Badischen Volkspartei bei.

Karlsruhe, 1. Dezember 1918.

Rebmann. Dietrich.

Die Wähler wissen also, was es mit dieser neuen „Volkspartei" auf sich hat: Die alte, bankrotte Firma suchte durch einen neuen Firmenschild sich vor dem völligen Zusammenbruch zu retten. Aber auch dies soll den Herrschaften nichts nützen. Das Volk wird auf diese plumpe Täuschung nicht hereinfallen und der „Badischen Volkspartei" heimzahlen, was die nationalliberale Partei verbrochen hat.

Oeffentliche Volksversammlung in Rüppurr.

e. Den Reigen der Wahlversammlungen und damit des Wahlkampfes eröffnete unsere Partei am gestrigen Sonntag mittag. Im dichtgefüllten „Lamm-Saale" fand sich eine aufmerksame Zuhörerschaft, darunter recht viele Frauen, ein, um dem Vortrages von Justizminister Gen. Marum zu lauschen. Vor dem Vortrag erfreute der Arbeitergesangverein „Freundschaft" die Anwesenden mit dem erhebenden Uhlmannschen Chor „Ich warte Deiner", welcher recht gute Aufnahme fand. Gen. Höhn eröffnete die Versammlung mit einem Willkomm, besonders an die zurückgekehrten Soldaten. Sodann ergriff Gen. Marum das Wort: Den goldenen Freiheitstag, den die Sänger soeben besungen, haben wir. Eine furchtbare Bezahlung hat das deutsche Volk für seine Freiheit leisten müssen: 1 800 000 Tote und viele Millionen Verwundete und Krüppel. Unsere Staatsmänner und Imperialisten, aber auch die unserer Gegner, tragen alle die gleiche Schuld am Kriege. In allen Ländern haben die Arbeiter den Krieg bekämpft, aber zu seiner Verhütung waren sie zu schwach. Die jetzige Revolution könne man sich nur in einem Lande mit einer Niederlage denken. Die unerhörte Anmaßung der Offiziere und schlechte Ernährung und Behandlung der Soldaten hätten erbitternd wirken müssen, nicht als Kamerad und Mensch sei der Soldat vom Offizier angesehen worden, sondern als Nummer. Die Schuldigen am Kriege werden ihrer Strafe nicht entgehen, jetzt sei die Hauptarbeit das Festhalten des bei der Revolution Errungenen. Keiner Täuschung soll man sich hingeben, denn den Junkern und gewissen Generälen usw. sei nicht zu trauen. Wir fordern die Sozialisierung der dazu reifen Industrien. Nicht Diktatur, sondern Demokratie ist unser Endzweck. Die Wahlen zu den Nationalversammlungen sind dringend notwendig. Große Aufgaben stehen uns bevor im Reich wie im Staate; das nächste sei: Friede, Arbeit und Brot! Mit der Aufforderung, bei den kommenden Wahlen die Liste der Sozialdemokratie zu wählen, schloß Gen. Marum seine mit spontanem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Gen. Höhn forderte in einem kernigen Schlußwort die Anwesenden auf, in die Partei einzutreten und den „Volksfreund" zu abonnieren. Des weiteren beleuchtete er die Verdienste der Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterschaft. Deshalb sei es Pflicht für dieselbe, die Kandidaten der Sozialdemokratie zu wählen. Nachdem die Sänger noch einmal mit einem tadellos gesungenen Liede aufwarteten, fand die überaus gut und erfolgreich verlaufene Versammlung ihr Ende, die ein gutes Omen für die kommenden Wahlen bedeutet. Eine recht große Anzahl „Volksfreund"-Abonnenten und Aufnahmen in die Partei können als erster Erfolg gebucht werden.

Gewerkschaftliches.

Heimkehrende! Hinein in die Gewerkschaften!

Die Umwandlung Deutschlands in einen freien Volksstaat mag vielleicht unter den heimkehrenden Volksgenossen der Auffassung Raum geben, als ob die gewerkschaftliche Organisation nunmehr überflüssig sei. Die so denken, meinen, daß in Zukunft die zwischen Unternehmern und Arbeitern zutage tretenden Konflikte in anderer als der bisherigen Art ausgekämpft und entschieden werden. Selbst wenn diese Annahme voll und ganz zuträfe, so wäre die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auch für die Zukunft nicht widerlegt. Solange nicht die restlose Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische erfolgt ist, werden die Gewerkschaften die wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeiterklasse bleiben. Aus den im „Vorwärts" wiederholt dargelegten Gründen kann vorläufig an eine Sozialisierung unseres völlig daniederliegenden Wirtschaftslebens nicht gedacht werden.

Es erwächst unseren Gewerkschaftsorganisationen daher jetzt und in Zukunft ein ungeheueres Gebiet sozialer Tätigkeit.

Diese gewaltige Arbeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der sozialen Fürsorge kann aber nur restlos und schnell erfüllt werden, wenn die Heimkehrenden wieder in die Reihen ihrer Organisationen treten, aus denen sie bei Ausbruch des Krieges gerissen wurden.

Die Daheimgebliebenen haben während der ganzen Kriegsdauer ihren Stolz und ihre höchste Aufgabe darin erblickt, die Gewerkschaftsbewegung aktionsfähig zu erhalten. Und das ist ihnen, wie wir wiederholt an dem erfreulichen Erstarken der Gewerkschaftsbewegung in den letzten 1½ Jahren zeigen konnten, gelungen.

Baden.

Die evangelische Generalsynode

tagte letzter Tage in Karlsruhe. Die Beratungen boten sehr wenig Bemerkenswertes, von dem Geiste der neuen Zeit war auf dieser Tagung nur ein schwacher Hauch zu verspüren. Am letzten Tage wurde das Verhältnis von Kirche und Staat besprochen, sowie die künftige Zusammensetzung der Synode. Wir entnehmen einem uns zugegangenen Bericht folgendes: Abg. D. Holdermann führte u. a. aus: Die Kirche brauche nicht bloß den Staat, sondern der Staat bedürfe notwendig die Arbeit der Kirche. Darum solle und dürfe sich die Kirche gegen die gewaltigen Umwälzungen der Gegenwart nicht feindlich stellen. Auch innerlich nicht. Alles Klagen und Jammern lähme, tapfere Mitarbeit stärke. Die Kirche sei auf keinerlei Staatsform eingeschworen. Sie ist weder republikanisch noch monarchisch, sondern evangelisch. Und darum steht sie in den Umwälzungen unserer Zeit nicht bloß schlechtes, sondern auch das Herausringen idealer Kräfte. Es gelte also nicht, am Volk zu verzweifeln, sondern an seine Zukunft zu glauben. Aus diesem Grund werde auch die große Frage der Trennung von Kirche und Staat herauswachsen. „Trennung von Kirche und Staat" sei ein Schlagwort und nicht einmal ein treffendes. Denn das Verhältnis zwischen den beiden Kräften könne in wohlwollender Weise abgewogen werden wie etwa in dem Kanton Basel. Eine feindselige Stellung des Staates zu der Kirche wie in dem katholischen Frankreich sei in dem Lande der Reformation ausgeschlossen. Der Redner sprach sich mit Entschlossenheit aus für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in den Schulen, für die Weitergeltung des Steuerrechts in der Kirche und der theol. Fakultät im Lehrkörper der Universität als theol. Fakultät. Er wünschte aber auch Reformen innerhalb der Kirche, vor allem eine Wahl zur Generalsynode auf breiterer Grundlage und eine ganz andere Zusammensetzung der Synode, in der nicht einmal ein Arbeiter sitze, eine wirkliche Volkskirche, keine bloße Pfarrerskirche, es müsse eine Kirche werden, die wirklich das ganze Volk mittätig umfasse! Und endlich eine Einigkeit und Geschlossenheit, ohne die ein Bestand der Kirche in den Wirren der Zeit nicht möglich sei. Der Abg. Wurth setzte diesen Ausführungen noch hinzu, die Existenzmittel, die die Kirche aus der Selbstbesteuerung erhalte, seien notwendig, damit nicht die Kirche dem Knechtesdienst unter dem Kapitalismus ausgeliefert werde und damit Amerikanismen, wie die Abhaltung von Volksbelustigungen in der Kirche zum Geld gewinnen, unmöglich seien. Der Geist der sittlichen Verantwortung und der Opferbereitschaft für ideale Güter müsse im Volk wieder groß werden und die Pflichttreue müsse das Fundament eines Neuaufbaus werden. Auch er gab die Versicherung der Einmütigkeit und Geschlossenheit in der Kirche ab.

Eine lebhafte Diskussion beschäftigte sich sodann mit der Zusammensetzung der Generalsynode und der Wahl ihrer Abgeordneten. Aus der Besprechung und der Antwort des Oberkirchenratspräsidenten ging hervor, daß auch in diesen Verfassungsparagraphen die nächste Tagung dieser Synode eine Umgestaltung auf mehr demokratischer Grundlage bringen wird, sodaß die Wahl zur nächsten Generalsynode nach neuen Grundsätzen erfolgen wird.

In der Resolution, die schließlich einstimmig angenommen wurde, heißt es u. a.:

1. Die Generalsynode hält eine völlige Trennung von Kirche und Stat für schädlich und zwar für beide Teile. Darum warnt sie bei aller Anerkennung des Grundsatzes der religiösen Freiheit aufs ernstlichste vor übereilten Schritten oder gar vor gewaltsamen Eingriffen in die Lebensnotwendigkeiten der evangelischen Landeskirche, die durch jahrhundertlange Geschichte eng mit unserm Volksleben verwachsen ist und auch heute noch die religiös-sittlichen Güter weiter Kreise unseres Volkes pflegt;

2. sie fordert die Beibehaltung des Religionsunterrichts in den Schulen, weil eine Ausweisung aus denselben einen genügenden Religionsunterricht unmöglich machen und die sittlichen Grundlagen des Staates untergraben müßte;

3. sie verlangt die Erhaltung des kirchlichen Selbstbesteuerungsrechts, ohne welches sie ihre volkserzieherischen Aufgaben nicht lösen könnte;

4. sie fordert, daß der theologischen Fakultät in Heidelberg ihre bisherige Stellung als theol. Fakultät innerhalb der Universität als wesentlicher Bestandteil der Geisteswissenschaften gewahrt bleibe;

5. sie ist willig, den neuen Verhältnissen und Aufgaben in Staat und Gemeinde Rechnung zu tragen auch in der Umbildung der Verfassung unserer Landeskirche; sie verwahrt sich aber gegen jeden übereilten Sturz des Alten, damit nicht wertvoll Ueberkommenes der Kirche verloren gehe.

Die wehmütige Badische Schulzeitung. Unter der Ueberschrift „Die neue Zeit" schreibt das Vereinsblatt des Bad. Lehrervereins recht merkwürdige Dinge, die sicher unter seinen Lesern manches Kopfschütteln hervorgerufen haben. So heißt es dort: Großes hat das Kaisertum geschaffen, unendlichen Segen hat es gestiftet und reiche Güter aller Art uns gebracht (besonders den Volksschullehrern!), heute aber ist der Thron verwaist, der Träger der Krone muß an fremde Türen klopfen, um Gastfreundschaft zu erbitten." (So, muß er das? D. Red.)

Wenn man bedenkt, daß die preußische Agrariergesellschaft um Thron und Altar es war, die systematisch die Volksbildung und die Lehrerschaft niederhielt, so mutet dieser Erguß eines tiefbetrübten Lehrerherzens recht sonderbar an. Aber man höre weiter: „Wehmütig nehmen die badischen Volksschullehrer von ihrem Großherzog Abschied und senden ihm den letzten Gruß". Auf welchem Planeten hat eigentlich der Schriftleiter des badischen Lehrerblattes in den letzten Jahrzehnten gelebt? Ist es denn schon so lange her, daß mit Unterstützung der Regierung rückwärtsige Schulpolitik gemacht wurde? Er weiß sehr wohl, daß die Lehrer „oben" als Umstürzler verschrien und darnach behandelt wurden! Trotzdem „die Herzen der Lehrer treu und warm schlugen für Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland und sie die Jugend in diesem Sinne erzogen". Ja ja, so hörte man es vor Tisch des öfteren. Es wäre vielleicht besser gewesen, man hätte etwas weniger in Hurrapatriotismus gemacht, und jedenfalls gibt es Hunderte und Tausende von Lehrern, die das sehr widerstrebend besorgen. Auf jeden Fall ist es höchst unnötig, das heute so besonders zu betonen, umsomehr, als, wie wir genau wissen, die überwiegende Mehrzahl der Lehrer herzlich froh ist, daß die Kulturbremser von der neuen Zeit hinweggefegt sind oder noch hinweggefegt werden — was insbesondere auf diesem Gebiete eine dringende Notwendigkeit ist. Auch im Badischen Lehrerverein.

Aus dem badischen Parteileben. Zu den Verhandlungen der Fortschr. Volkspartei (Demokratische Partei) mit den Nationalliberalen wird von der Parteileitung der Fortschr. Volkspartei mitgeteilt, daß die Verhandlungen auf Ersuchen der Nationalliberalen Partei stattgefunden haben. Die Fortschr. Volkspartei habe dabei keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine reine Verschmelzung der beiden Parteien in Baden von ihr abgelehnt werden müsse, vielmehr, daß ein anderer Weg gesucht werden sollte, um zu dem von der Nationallib. Partei angestrebten Ergebnis zu gelangen. Als ein solcher Weg wurde der Eintritt der Nationalib. Partei in die neugegründete Demokratische Partei unter bestimmten Vorbehalten bezeichnet. Hierüber dürften weitere Verhandlungen gepflogen werden. Einem Bericht des „Heidelberger Tagblatts" über die Verhandlungen entnehmen wir noch, daß von den Nationalliberalen Minister Abg. Dietrich und von den Fortschrittlern bezw. der neuen Dem. Partei Abg. Hummel beauftragt wurden, die letzten Hemmungen aus dem Weg zu räumen. — In Lahr hat eine vom Dem. Verein dort veranstaltete Versammlung auf Antrag des Abg. Massa, der eine Verschmelzung der beiden liberalen Parteien für unmöglich erklärte, eine Entschließung gefaßt, die den Zusammenschluß mit der Nationalliberalen Partei ablehnt. — In Mannheim wurde jüngst eine evangelisch-soziale Partei zur Wahrung der evangelischen Interessen gegründet. Sekretär Max Moses betonte in seinem Referat: Wir verlangen Rücksicht auf unsere Ueberzeugung und wir verlangen, daß auch wir mitreden bei der Neuordnung der Dinge.

Aus aller Welt.

Die Bahnhofsräuber mit der Millionentasche. Im Kampf gegen die Bahnhofsräuber hat die Berliner Sicherheitswache große Erfolge erzielt. Es war beobachtet worden, daß es auf dem Schlesischen Bahnhof trotz der verschärften Kontrolle einer Anzahl von Personen unter Mißbrauch der weißen Armbinde gelungen war, große Mengen Lebensmitteln und anderer Waren zu beschlagnahmen und zu verschieben. Mittwoch früh wurde zunächst ein Mann festgenommen, bei dem 40 000 M in Tausendmarkscheinen gefunden wurden. Gleich darauf wurden zwei weitere Personen verhaftet, die mit dem Festgenommenen in Verbindung gestanden hatten. Bald zeigte es sich, daß man einen sehr guten Fang gemacht hatte. Die Gesellschaft war im Besitze von mit weniger als zwei Millionen Mark und einer Unmenge von Lebensmitteln aller Art. Die Beute, die ihnen abgenommen wurde, stammt aus dem Erlös von Waren, die sie aus Zügen aus Rumänien widerrechtlich an sich genommen hatten. Als die Feststellungen im Laufe des gestrigen Tages ergaben, daß auch die Bahnhofswache dabei ihre Hand im Spiele hatte, entsandte der Polizeipräsident 25 Sicherheitsbeamte mit Kriminalbeamten nach dem Bahnhof um alle unlauteren Elemente auszumerzen. Die gesamte Bahnhofs-

Was man vor 150 Jahren schmauste. Aus Reichshofen im Unterelsaß wird geschrieben: Stöberte ich da kürzlich in einem alten Kasten herum und zog zu meiner Verwunderung unter verschiedenen Papierstücken, unter unbrauchbarem Hausgerät und kaum noch lesbaren, von Urgroßmutters Hand geschriebenen Küchenrezepten eine Speisekarte hervor, die nun nahezu 150 Jahre alt ist. Daß der Zettel in einer Zeit, in der der Tisch unter den Speisen nicht gerade zusammenbricht, wenn er auch noch so mager ist, meine Neugier weckte, läßt sich denken. Die Karte stammte aus Innsbruck; weiß Gott, wer sie von dort in das Elsaß gebracht und in den alten Kasten gesteckt hatte. Das gelbliche rauhe Papier war noch recht gut erhalten. Der Druck und die Orthographie kamen mir nicht einmal gar zu fremd vor — wo aber sind sie, jene Innsbrucker, die sich gemächlich am Tischchen im Gasthaus niederließen, diese Speisekarte studierten und darnach behaglich „gespeiset" haben? Die Reihenfolge der Gänge auf der Karte war folgende: 1. Eine Nudelsuppe mit einer guten Henne. 2. Eine eingemachte kälberne Brust in weißer Sauce. 3. Ein Pastete im Ochsenschweif. 4. Ein gebratener Wildhase. 5. Gebratene Blättlein oder ein Gemsschlegerl. 6. Eine gesottene kalte Zunge oder sonst etwas kalt Aufgeschnittenes von Schunken und Kalbsbraten. 7. Eine süße Torte, Quittenkoch oder Cioccolatta-Milch. 8. Ein Pomeranzen- oder saurer Salat. Und das kostete alles in allem 45 Kreuzer (das sind etwa 54 Pfennig). Um 1 Gulden 30 Kreuzer (das sind 2 Mark 10 Pfennig) erhielt man schon ein ganzes Hochzeitsmahl zu zwölf Gängen. Allerdings muß man bemerken, daß damals das Geld einen ganz anderen Wert hatte wie heute, aber immerhin verstehen wir es, wenn manchmal ein Großmütterchen mit Runzeln in den Wangen und auf der Stirn lang und breit „von der guten alten Zeit" zu erzählen weiß.

Die Verwendung der königlichen Schlösser in Potsdam beschäftigte in einer Sitzung den großen Rat des Arbeiter- und Soldatenrats zu Potsdam und wurde in dem Sinne entschieden, daß alle bisherigen Sehenswürdigkeiten in Potsdam aufrecht erhalten und demnach auch die der Besichtigung jetzt zugänglichen Schloßgemächer weiter erhalten werden sollen, um den Fremdenverkehr Potsdams in keiner Weise zu vermindern. Dagegen werden die bisherigen Wohnräume der Schlösser und die dazu gehörigen Wirtschaftsgebäude zu öffentlichen Zwecken und für die Wohnungsfürsorge in Anspruch genommen. Das Potsdamer Stadtschloß insbesondere soll bei der Unzulänglichkeit der Rathausräume der städtischen Verwaltung einen einigermaßen entsprechenden Ersatz bieten und seine Ueberlassung an die Stadt soll beantragt werden.

wache, einschließlich ihres Zuführers, wurde festgenommen, ebenso eine aus fünf Köpfen bestehende Familie Buckhorst, die bei den großen Schiebungen und Betrügereien eine Hauptrolle gespielt hatte. Bei der Beraubung der Eisenbahnwagen scheint den Dieben eine große Bargeldsendung in die Hände gefallen zu sein, da nur so zu erklären ist, daß alle ihre Teilnehmer über so erhebliche Barbeträge in Tausendmarkscheinen und gemünztem Silber verfügten. Die Gesamthöhe des geraubten Geldes und der Gesamtwert der Lebensmittel und Ausrüstungsgegenstände läßt sich noch nicht übersehen, doch lassen schon die bisherigen Feststellungen erkennen, daß es sich um viele Millionen handelt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Amerikanische Lebensmittel für Baden. Die vorl. Volksregierung ist bei der Reichsleitung dahin vorstellig geworden, daß bei einer etwaigen Verteilung amerikanischer Lebensmittel auch Baden gleichmäßig bedacht würde. Die Reichsleitung hat daraufhin mitteilen lassen, daß sie auch ihrerseits beabsichtige, bei der Verteilung der Lebensmittel, die etwa von Amerika zur Verfügung gestellt werden, alle Reichsteile gleichmäßig zu berücksichtigen. Die badische Volksregierung wird der Frage auch fernerhin ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden und alles tun, was in ihren Kräften steht, damit zur gegebenen Zeit die Zusage der Reichsleitung auch verwirklicht werde.

Schnellzugsverkehr. Vom Montag den 2. Dezember an werden die Schnellzüge in Baden wieder unbeschränkt für den allgemeinen Verkehr freigegeben. Außerdem werden sämtliche Anschlußverbindungen von Mannheim nach Friedrichsfeld M.N.B. und umgekehrt aufrechterhalten. Auf den gleichen Zeitpunkt wird auch der Fahrplan einer Anzahl Personenzüge geändert. Näheres ist aus den auf den Stationen aushängenden Bekanntmachungen ersichtlich, die sämtliche Aenderungen und Einschränkungen im Fahrplan nach dem derzeitigen Stand enthalten. Nördlich Frankfurt (Main) ist der gesamte Schnellzugsverkehr noch eingestellt. Nach Hamburg und Berlin sind ab Frankfurt vorerst nur Personenzugsverbindungen vorhanden.

Der Personenverkehr nach und von der Pfalz über Maxau, Germersheim und Speyer ist seit 1. Dezember gesperrt. Infolge dessen beginnen und endigen die badischen Züge bis auf weiteres in Maxau, Rheinsheim und Lußhof. Auf der Strecke Bruchsal bis Germersheim fällt der Schnellzug D 4 nach Saarbrücken, Bruchsal ab 6.27 Uhr nachmittags, bis auf weiteres aus. Der planmäßig von Saarbrücken kommende Schnellzug D 58 nach München, Germersheim ab 2.28 Uhr nachmittags, beginnt bis auf weiteres in Graben-Neudorf. Im übrigen verkehren die Personenzüge auf den Strecken Karlsruhe—Maxau, Bruchsal—Rheinsheim und Heidelberg—Lußhof unter Aufrechterhaltung der bestehenden Einschränkungen, gemäß Fahrplan. Der Verkehr über den Uebergang Mannheim—Ludwigshafen a. Rh. ist vorerst noch frei.

* **Irrtümlich aus dem Heeresdienst entlassene Soldaten.** In der ersten Zeit der Umwälzung wurden mehrfach Entlassungen von Soldaten zu Unrecht vorgenommen, so sind mehrfach Angehörige der Jahrgänge 1896 und 1897 ohne weiteres entlassen worden, obwohl deren vorläufiges Verbleiben bei der Waffe von der Reichsleitung ausdrücklich angeordnet war. Diese Mannschaften müssen den Truppenteilen sofort wieder zugestellt werden. Das Entlassungsverfahren ist jetzt in der Weise geregelt worden, daß jeder Mann im Besitze eines ordnungsmäßigen Urlaubs- oder Entlassungsscheines sein muß, sollen spätere Rentenansprüche berücksichtigt werden. Für Mannschaften, die nach den linksrheinischen und nach der neutralen Zone entlassen werden, ist der vorschriftsmäßige Entlassungsschein im Interesse jedes Wehrpflichtigen als Ausweis zum Schutze der Person unbedingt erforderlich.

Die Kartoffelversorgung Badens. In einem halbamtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung" heißt es: Wenn die badischen Städte bis jetzt noch nicht alle Haushaltungen mit dem Wintervorrat an Kartoffeln beliefern konnten, so mögen die Beteiligten darin eine Folge der derzeitigen außerordentlichen Verhältnisse erblicken und davon überzeugt sein, daß von den zuständigen Stellen mit größtem Nachdruck dahin gewirkt wird, daß auch diese Haushaltungen ihren Wintervorrat noch erhalten können.

* **Die Wahl der Militärpersonen zur badischen Nationalversammlung.** Zum Vollzug der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden badischen Nationalversammlung wird hinsichtlich der Militärpersonen folgendes verordnet: Für die zum aktiven Heere gehörenden Militärpersonen gilt als Wohnsitz der Standort, an dem sie sich am Wahltage in Baden befinden. Die Wählerlisten sind für die einzelnen Truppenteile und Formationen von den Kommandobehörden, für die nicht bestimmten Truppenteilen oder Formationen zugehörigen Militärpersonen von der obersten Kommandobehörde des Standorts so zeitig aufzustellen, daß sie vorschriftsmäßig abgeschlossen werden können. Die Verständigung über die Eintragung kann auch durch andere Weise als durch Postkarte geschehen. Zur Besorgung des Wahlgeschäftes können vom Gemeinde-(Stadt-)rat für die Militärpersonen besondere Wahlbezirke gebildet werden.

Dringliche Sendungen. Die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen hat für ihren Verwaltungsbereich angeordnet, daß alle Sendungen von Stoffen, Kleidern und Wäsche in ganzen Wagen, die mit den Dringlichkeitsstempel der Reichsbekleidungsstelle versehenen Frachtbriefen aufgegeben werden, hinsichtlich der Dringlichkeit der Wagengestellung gleich hinter den Nahrungsmitteln angenommen und gleich diesen mit tunlichster Beschleunigung befördert werden.

Die Unterstützung der Familien der eingezogenen Mannschaften. Die „Karlsruher Zeitung" teilt halbamtlich mit: Den Familien der Mannschaften, denen für die zweite Hälfte des November Familienunterstützung zustand, ist diese zunächst ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit weiter zu gewähren. Ausgenommen hiervon sind die Fälle des § 10 Abs. 6 des Familienunterstützungsgesetzes und des § 9 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916. Eine besondere Verordnung hierüber folgt nach.

Schuhwerk an deutsche Kriegsgefangene in Frankreich. Es besteht die Möglichkeit, an Kriegsgefangene in Frankreich Schuhwerk zu übermitteln. Bestellungen hierauf bei gleichzeitiger Einzahlung von 26 Mk. nimmt bis spätestens 8. Dezember entgegen der Badische Landesverein vom Roten Kreuz, Abteilung Auskunftsstelle über Verwundete und Vermißte, Hilfe für Kriegsgefangene, Deutsche Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, Kronenstraße 24, Karlsruhe.

---

f. **Durlach**, 2. Dez. **Unglücksfall.** Montag abend kam in der Dunkelheit ein in der neuen Kaserne an der Weingartner Straße beschäftigter Herr Währle aus Karlsruhe auf dem Wege zur Stadt von der Straße ab und stürzte unmittelbar neben der Obermühlbrücke in den sogen. Kleinbach. Trainmannschaften zogen ihn auf seine Hilferufe aus dem hier ziemlich tiefen Bachbett und schafften den anscheinend erheblich Verletzten zur nächsten Haltestelle der Straßenbahn.

Mannheim, 3. Dez. In der Wohnung des Klavierlehrers Emil Ruegg in Ludwigshafen wurde dessen Schreibtisch erbrochen und 23 500 ℳ gestohlen.

WTB. **Heidelberg**, 2. Dez. In den Morgenstunden des 1. Dezember registrierte der Apparat der Königstuhl-Sternwarte ein ziemlich heftiges, aber fernes Erdbeben, das um 3 Uhr 45 Min. begann und etwa um 4 Uhr 7 Min. seine größte Stärke erreichte.

* **Wiesloch**, 2. Dez. Auf der Straße Baiertal—Wiesloch wurde ein Fuhrwerk von Kontrollbeamten angehalten und nach seinem Inhalt durchgeforscht. Man fand darin vier Zentner blütenweißes Weißmehl.

* **St. Georgen i. Schw.**, 3. Dez. In der Nacht zum Donnerstag wurde aus einer hiesigen Fabrik ein 12 Meter langer Treibriemen gestohlen. — Der Landwirt Gottlieb Bösinger wurde unterwegs von zwei fremden Soldaten angefallen und beraubt.

WTB. **Konstanz**, 2. Dez. Gestern sind die ersten schweizerischen Wehrmänner, 45 an der Zahl, welche jetzt nach der Schweiz zurückkehren, nach Singen abgereist, wo der erste Transport, 150 Mann stark, zusammengestellt wurde. Heute früh hat dieser Transport die Weiterreise nach Winterthur angetreten, wo er eine fünftägige Quarantäne bezieht. Dort werden die Wehrmänner vom Hilfsverein mit Zivilkleidern versehen werden. Voraussichtlich wird nun täglich ein Transport von der Sammelstelle Singen ausgehen mit Ausnahme von Sonntags und Dienstags. Die Gesamtregelung erfolgt von Bern aus.

Lörrach, 30. Nov. In Weilmlingen spielte ein 18jähriger Bursche mit einem Revolver. Die Waffe entlud sich und die Kugel drang dem 14jährigen Volksschüler Gustav Rück in den Kopf und tötete ihn auf der Stelle.

Genossinnen! Arbeiterinnen!

Mit dem Sturz der alten Gewalt haben auch die Frauen Deutschlands ihre politische Freiheit erhalten. Die sozialistische Regierung hat, getreu der alten sozialdemokratischen Programmforderung verordnet, daß alle 20jährigen deutschen Männer und Frauen zur gesetzgebenden Nationalversammlung wahlberechtigt und wählbar sein sollen. Damit ist der vornehmste Grundsatz der Demokratie, wonach das gesamte Volk sein eigenes Geschick formen soll, durchgeführt.

In kurzer Zeit wird das deutsche Volk die Wahl zur Nationalversammlung vornehmen. Mehr als 20 Millionen Frauen haben das Recht der Stimmabgabe. Haben die bisher in Deutschland vollständig entrechteten Frauen die politische Reife, die sie befähigt, über das zukünftige Geschick des Landes, in dem sie plötzlich vollberechtigte Staatsbürger geworden sind, zu entscheiden? Jetzt tragen wir Frauen mit an der Verantwortung für die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Die Geschichte wird einst über uns urteilen. Richten wir heute unser Tun danach ein, daß wir uns einst verantworten, daß wir, die Trägerinnen der lebendigen Zukunft unseren Kindern einst voll in die Augen schauen können.

Politische Freiheit ist noch nicht wirtschaftliche Freiheit. Sie wird erst gewonnen durch den Sozialismus. Er allein bringt auch den Frauen die volle Unabhängigkeit. Soll die Revolution dem Sozialismus die Tore öffnen, müssen wir Frauen unser Teil dabei erfüllen.

Hinein in die Sozialdemokratische Partei! Das muß heute die Losung für alle Frauen sein!

Marie Juchacz.

Vom Landesverbande der Arbeiter- und Soldatenräte.

Der Landesverband der Arbeiter- und Soldatenräte hat folgenden Aufruf erlassen: „Am 16. Dezember soll in Berlin eine Delegiertenversammlung deutscher Arbeiter- und Soldatenräte stattfinden, um zur Einberufung der deutschen Nationalversammlung Stellung zu nehmen. Auch soll sie die Wahl eines Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vornehmen. Die Zentralleitung badischer S. u. A.-Räte schlägt im Einverständnis mit dem Elferausschuß des Landesverbandes vor, die Wahl der badischen Delegierten bezirksweise zu erledigen. Baden hat zur Reichskonferenz 12 Delegierte zu entsenden. Der Landeskommissariatsbezirk Mannheim (Mannheim, Heidelberg, Mosbach) hätte, da auf 200 000 Seelen ein Delegierter entfallen soll, vier Delegierte zu wählen. Der Bezirk Karlsruhe (Karlsruhe-Baden) drei Delegierte und die Bezirke Freiburg und Konstanz je 2 Vertreter. Das sind zusammen 11 an der Zahl, den 12. Delegierten soll die Landesversammlung aus ihrer Mitte berufen. Wir ersuchen die A.- u. S.-Räte in den Vororten Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz umgehend Bezirkskonferenzen einzuberufen und auf diesen die Delegiertenwahl vorzunehmen. Ein Vorschlag für ein Delegationssystem zu diesen Bezirkskonferenzen ist in dem Mitteilungsblatt der Arbeiter- und Soldatenräte Nr. 1 vom 30. November veröffentlicht.

Der Reichsausschuß der Soldatenräte.

WBT. **Berlin**, 2. Dez. Der kürzlich gewählte Reichsausschuß besteht, laut Beschluß des Vollzugsrats vom 29. November 1918 aus acht Großberliner (preußischen) Mitgliedern und aus acht Vertretern der außerpreußischen Bundesstaaten, ferner aus drei Mitgliedern der Ost- und Westfront und der Marine, zusammen 19 Mitgliedern. In der Sitzung des Vollzugsrates vom 30. November sind nur die preußischen Mitglieder gewählt worden. Erschienen sind ferner als Vertreter Bayerns Höferich, Elsaß-Lothringens Lempke. Die übrigen Vertreter müssen erst von den Bundesstaaten delegiert werden, diese sind hieran telegraphisch erinnert worden.

*

Auflösung der Soldatenräte. Die Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- u. Volksräte (Sitz Karlsruhe, Schloß) schreibt uns: Im Gebiete der neutralen Zone dürfen die Soldatenräte nicht fortbestehen. Mit der Verlegung der Truppenformationen aus diesem ist übrigens für deren Aufgabenkreis jeder Boden entzogen. Aber auch für jene Orte des übrigen Teiles des badischen Landes, die nicht Garison sind, erübrigt sich eine Bildung von Soldatenräten. Es fehlt in solchen Orten an den erforderlichen Voraussetzungen für eine fruchttragende Arbeit. Von dem Heer entlassene, in ihre Heimat zurückgekehrte Soldaten schließen sich den Arbeiter-, Bauern oder Volksräten an, die alle mit den Soldatenräten der A.B.u.B. organisatorisch zusammengefaßt sind. Soldatenräte können nur in Garnisonsorten gebildet werden, und zwar lediglich innerhalb der Truppenteile. Bis jetzt unter falschen Voraussetzungen gegründete Soldatenräte mögen so bald als möglich in den Arbeiterräten aufgehen.

*

Vertrauen zur Reichsleitung.

WTB. **Schopfheim** i. W., 2. Dez. In der Turnhalle zu Fahrnau fanden gestern nachmittag zwei gutbesuchte Massenversammlungen der 44. Landwehrdivision statt, in denen der vom Soldatenrat der Obersten Heeresleitung abgesandte Herr Ritz über die bisherigen Schritte der neuen Volksregierung und deren weitere Ziele sprach. Insbesondere waren es die Erklärungen über die getroffenen Maßnahmen der Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsbeschaffung, die auf die Versammlung eine beruhigende Wirkung hatten und jedem Einzelnen klar machten, daß durch spätere Entlassung für keinen ein wirtschaftlicher Schaden entstehen wird. Aus der Versammlung heraus wurde die Anregung zu folgender Entschließung gegeben, die in beiden Versammlungen zur Annahme gelangte: Wir haben das volle Vertrauen zur heutigen Volksregierung und erklären mit ihren Bestrebungen und Zielen ganz einverstanden zu sein. Wir treten ein für unbedingte Aufrechterhaltung der Reichseinheit. — Diese Entschließung wurde der Reichsleitung telegraphisch übermittelt.

Aus der Partei.

Aue bei Durlach, 1. Dez. Letzten Samstag hielt der Soz. Verein seine Generalversammlung ab, zum erstenmale wieder seit Kriegsausbruch. Die Versammlung war überaus gut besucht, insbesondere waren unsere feldgrauen Genossen in stattlicher Zahl erschienen, ebenso auch eine Anzahl Freunde unserer Sache, die unserer Organisation bisher fernstanden, ein Beweis für den Geist, der jetzt in den Massen herrscht. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Genosse Christian Dahn begrüßte insbesondere unsere feldgrauen Genossen. Der Geschäfts- sowie Kassenbericht wurde ohne Debatte gutgeheißen. Ueber den Bericht von der Volksfreund-Filiale entspann sich eine längere Diskussion, die dadurch herbeigeführt wurde, daß einige Genossen mit der Haltung des Volksfreundes während des Krieges sich nicht einverstanden erklärten. Es wurde jedoch nach der Aussprache Einmütigkeit erzielt, besonders nachdem die in der Heimat gebliebenen Genossen auch auf die Schwierigkeiten während der Kriegszeit hingewiesen hatten. Es wurde auch der Wunsch geäußert, daß man die Arbeiterschaft noch viel mehr aufklären müsse, als bisher geschehen. Das Ergebnis der Debatte war, daß sich zirka 20 Besucher der Versammlung in die Partei aufnehmen ließen und ebenso auch den Volksfreund bestellten.

Die anschließende Neuwahl zum Vorstand hatte nachstehendes Resultat: Gen. Christian Dahn, 1. Vorsitz, Ernst Schwarz, 2. Vorsitz, Phil. Cramer jun., Schriftführer, Joh. Keller, Kassier. Zu Beisitzern wurden die Genossen Fried. Kappeler, Heinr. Ludwig und Fridolin Link gewählt. Ferner wurde noch eine Wahlkommission gebildet, bestehend aus den Genossen Küffner, Michel, Daun und Kretschmar. Bei Punkt „Verschiedenes" wurde von den feldgrauen Genossen der Antrag eingebracht, daß am hiesigen Platze, zumal Auer ein ausgesprochener Industrieort ist, ein Arbeiterrat gebildet werden sollte. Dem Antrag wurde begeistimmt und folgende Genossen, die alle von der Front kamen, gewählt: Wilh. Mader, Ernst Schwarz, Heinr. Ludwig und Fridolin Link. Hinsichtlich der Erwerbung des badischen Staatsbürgerrechts wurde dem Genossen Fridolin Link die Berechnung und Auskunfterteilung für alle, die es sich erwerben wollen, übertragen. Wir erwarten nun bestimmt, daß alle Arbeiter und deren Frauen, Söhne und Töchter sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, denn nur mit vereinten Kräften können die noch kommenden schweren Kämpfe siegreich bestanden werden. Hinein in die Organisation, hinein in die Partei! Agitiert für den „Volksfreund!"

Es soll noch darauf hingewiesen werden, daß die Stelle eines Unterkassierers neu zu besetzen ist. Geeignete Bewerber oder Bewerberinnen mögen sich bei unserm Kassier Genossen Johann Keller, Luisenstraße 4, melden.

Durlach, 2. Dez. Sozd. Partei. Wir machen wiederholt auf die morgen Mittwoch abend im „Lamm" stattfindende Parteiversammlung aufmerksam. Es soll dort die Wahlorganisation zur kommenden Wahl geschaffen werden und wir erwarten bestimmt, daß die Genossinnen und Genossen ausnahmslos erscheinen. Ebenso sind alle diejenigen eingeladen, die sich der Partei anschließen wollen. Die Versammlung beginnt Punkt 8 Uhr. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Eine „Hyäne der Revolution". Aus Berlin wird berichtet: Den Kriminal- und Sicherheitsbeamten war bei ihren Streifzügen durch die Verbrecherlokale Berlins ein Mann aufgefallen, der über sehr reichliche Geldmittel verfügte und mit einer auffallenden Freigebigkeit anderen Gästen spendierte. Weil er über die Herkunft des Geldes unglaubwürdige Angaben machte, wurde er festgenommen. Der Verhaftete nannte sich Schachtmeister Labi und wollte das bei ihm vorgefundene Geld, 58 000 Kronen und 5000 Mark, in wenigen Tagen auf folgende Weise verdient haben: Bei der Revolution sei er in der Nähe von Dresden Bahnhofskommandant geworden, 4000 Mk. bares Geld, das er kurz vorher geerbt habe, habe er dazu benutzt, um durchreisenden Soldaten österreichische Kronen in deutsches Geld umzuwechseln, und zwar habe er für 1000 Kronen 230 Mk. gegeben. So sei er in kürzester Zeit ein reicher Mann geworden. Die Feststellungen ergaben jedoch, daß er nicht der Schachtmeister Labi ist, für den er sich ausgab, sondern ein aus dem Zuchthaus entwichener Klempnergeselle Lenz. Er hat zunächst in Dresden, später in Berlin unter der Maske eines Sicherheitsbeamten Raub- und Erpresserzüge gemacht, erbeutete Waren aller Art, besonders Juwelen und Kleider, und machte die Beute zu Geld.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 3. Dezember.

Die Bezirksversammlungen

am heutigen Abend dienen wichtiger Parteiarbeit.

Kein Genosse, keine Genossin darf daher fehlen. Die einzelnen Lokale der Zusammenkunft werden heute nochmals im Inseratenteil bekanntgegeben.

Die kommende Wahl erfordert alle Kräfte.

Die Frauen des gewählten Frauenausschusses wollen sich auf die einzelnen Bezirke verteilen.

Wucher ohne Ende?

* Im Anschluß an unsere Notiz vor einigen Tagen über den Verkauf von Zucker an die Beamten der Generaldirektion der badischen Eisenbahnen zum Preise von 1,30 Mk. das Pfund, werden wir aus Beamtenkreisen darauf aufmerksam gemacht, daß in der hiesigen Eisenbahnhauptwerkstätte Fleisch zum Preise von 4 Mk., sage und schreibe vier Mark das Pfund, verkauft wird. Es entzieht sich unserer Kenntnis, woher das Fleisch kommt; uns interessiert nur, wie dieser Wucherpreis begründet wird. Ist denn der Wucher mit Lebensmitteln nicht tot zu kriegen? Wir haben an dieser Stelle, als sich in den ersten Kriegsjahren der Nahrungsmittelwucher breit machte, die alte Regierung eindringlich davor gewarnt, immer und immer den Gründen der Interessenten hoher Preise nachzugeben und die Interessen der Verbraucher außer Acht zu lassen. Wir haben dutzende Male geschrieben: Diese Preiswirtschaft wird nicht ohne Folgen bleiben. Sie sind gekommen. Deutschland ist durch den Wuchergeist einmal zugrundegerichtet worden. Soll es noch einmal extra zugrunde gerichtet werden durch innere Unruhen und Hungerkrawalle?

Wir richten an das Ernährungsministerium der neuen Regierung das dringende Ersuchen, einen grundlegenden Systemwechsel in der Preispolitik vorzunehmen. Sollen die Wucherpreise weiter bestehen bleiben bis sie die Engländer und Franzosen herabsetzen? Man hat das Verkehrte der alten Preispolitik deutlich in letzter Zeit wieder bei der Milch gesehen. Der landwirtschaftliche Genossenschaftsverband hat es mit seinem Schwindelargument „Besser Milch zu 50 Pf. den Liter, als gar keine" tatsächlich fertiggebracht, die Regierung zu übertölpeln. Jetzt haben wir den verlangten horrenden Milchpreis von 50 Pf., aber kein Tropfen Milch kommt mehr in die Stadt, im Gegenteil.

Auskunftsstellen des Arbeiter- und Soldatenrates befinden sich Schloßplatz 14—18 und am Hauptbahnhof (im Dienstzimmer der Bahnhofskommandantur). Diese Auskunftsstellen sind geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 9 Uhr.

Entlassungsgelder und Entlassungsbekleidung stehen nur denjenigen Personen zu, die auf Grund der Demobilisationsverfügungen, also nach dem 2. November ds. Js., ordnungsgemäß vom Heeresdienst entlassen worden sind.

An die Beurlaubten. Alle bis zur Entlassung Beurlaubten die in der neutralen Zone verbleiben oder sich nach linksrheinischem Gebiet begeben wollen, werden hiermit im eigenen Interesse aufgefordert, sich bei der Entlassungsabteilung des Garnisonkommandos Karlsruhe bezw. bei dem nächsten ihnen zugänglichen Hauptmeldeamt einen Entlassungsschein zu holen zum Umtausch gegen den bereits erteilten Urlaubsschein.

Na. **Lebensmittelverteilung.** In der laufenden Woche werden neben den üblichen Waren u. a. noch Graupen, Kindernährmittel und Kaffe-Ersatz ausgegeben. Außerdem gibt es eine kleine Kopfmenge Bohnenkaffee. Dörrgemüse, Suppenwürze und Knochenbrühextrakt sind auch weiter markenfrei. Fett (Butter und Margarine) wird diese Woche den Fettverkaufsstellen Nr. 1 bis 200 zugeteilt. Für die nächste Woche ist u. a. die Ausgabe von Weizengrieß, Süßstoff, Marmelade und Trockenmilch vorgesehen.

Die hiesigen Anbauer von Kartoffeln müssen laut Bekanntmachung des Bürgermeisteramts vom 21. November alle Kartoffelvorräte, die sie gesetzmäßig nicht verbrauchen dürfen, an das städt. Kartoffelamt (Kaiser-Allee 11) abliefern. Da ein Teil der Nichtselbstversorger noch nicht genügend mit Kartoffeln versorgt ist, ist umgehende Ablieferung dringend notwendig. Wer nicht sofort und nicht alle ihm gesetzmäßig nicht zustehenden Kartoffelvorräte abliefert, macht sich mitschuldig, wenn ein Teil der Einwohnerschaft nicht vollständig mit Kartoffeln beliefert werden kann und in Nahrungsmittelnot gerät. Selbstverständlich hat er die gesetzlich angedrohte Bestrafung zu gewärtigen.

Dank der heimkehrenden Krieger. Dem Stadtrat ist ein Telegramm aus Hüglingen zugegangen, in dem das Offizierkorps des Bayerischen Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 10 und der Soldatenrat des Regiments der Einwohnerschaft von Karlsruhe für den herzlichen Empfang, sowie der reichlichen Spenden von Blumen und Liebesgaben den innigsten Dank aussprechen.

Die **Handelskammer** befaßte sich in ihrer letzten Vollversammlung u. a. mit den Beschlüssen der vorausgegangenen Sitzung des ihr angegliederten Angestellten-Ausschusses. Ueber die Stellungnahme der Kammer zur Frage der Gehaltsaufbesserung der Angestellten ist bereits eine Notiz in den Zeitungen erschienen. Eine weitere Frage war die der Bezahlung der kaufmännischen Lehrlinge. Die Kammer bittet die Firmeninhaber dringend, den kaufmännischen Lehrlingen im Hinblick auf die erhebliche Verteuerung der Kleidungsstücke, Stiefel und Wäsche angemessenere Vergütungen zu gewähren, umsomehr als von den Lehrlingen doch vielfach sehr beachtenswerte Dienste geleistet werden.

Beratungsstelle für das Handwerk im Landesgewerbeamt, Karl-Friedrichstraße 17. Der Verband bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen hat im Benehmen mit dem hiesigen Gewerbeverein und den gewerblichen Vereinigungen eine Beratungsstelle für das Handwerk geschaffen. Es ist dadurch dem Handwerkerstande Gelegenheit geboten, insbesondere in dem kommenden schweren Existenzkampf Auskunft in allen gewerblichen und wirtschaftlichen Fragen unentgeltlich zu erhalten. In dankenswerter Weise haben Männer verschiedener Berufszweige ihre Mitwirkung zu dieser Einrichtung zugesagt. Die Sprechstunden finden täglich — auch an Sonntagen — von 10—12 Uhr vorm. an oben angegebener Stelle statt.

Im Residenztheater Waldstraße gastiert vom Samstag den 30. Nov. bis einschl. Dienstag den 3. Dezember die beliebte Künstlerin Eva Speyer in dem 4aktigen Schauspiel „Wenn am Dach die Schwalben nisten . . ." Dieser Film wird auch in den übrigen Rollen von nur besten und bekannten Künstlern dargestellt. „Das Verlobungsschiff" ist eine äußerst lustige Geschichte mit Richard Senius und Emil Hermann in den Hauptrollen. Vom kommenden Mittwoch bis einschl. Dienstag den 10. Dez. gelangt endgültig der Film „Die Sieger" mit Henny Porten zur Vorführung.

Lieder-Abend Dora Poppen. Die durch ihre Mitwirkung bei dem Konzert des Hofkirchenchors sich auf das vorteilhafteste eingeführte Altistin Fräulein Dora Poppen wird sich nun durch einen eigenen Liederabend am 11. Dezember im Saale der „Vier Jahreszeiten" dem hiesigen Publikum vorstellen. Fräulein Poppen, eine Schülerin Edward Brulus, wird Lieder von Brahms, Reger, Wolfurt, Poppen, Schumann und Schubert zu Gehör bringen. Der Kartenverkauf liegt in den Händen der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

In der Galerie Moos wird soeben die Dezember-Ausstellung Karlsruher Künstler eröffnet. Dieselbe bringt ausgewählte Werke von Vollschweiler, Conz, Dill, Egler, Fehr, Gebhard, Grimm, Hoffäß, Pfefferle, Rheinhold, Siedel, v. Volkmann, Wolf, Thoma und anderen.

Arbeiter, Mitbürger!

Das deutsche Volk erlebt Entscheidungsstunden von weittragender geschichtlicher Bedeutung. Die nächsten Wochen und Monate werden jeden einzelnen zur Stellungnahme zu den wichtigsten politischen Fragen zwingen. Diese Stellung kann nur vom Standpunkt einer Partei aus genommen werden, die sich die Wahrnehmung der Interessen des arbeitenden Volkes zur Richtschnur genommen hat. Die Sozialdemokratische Partei ladet alle Volksgenossen, Männer wie Frauen, ein, in ihr als tätige Mitglieder am Gesellschaftsbau der Zukunft mitzuwirken. Darum fordern wir alle auf, die noch nicht zur Partei gehören oder durch ihre militärische Einberufung in den letzten Jahren ihre Mitgliedschaft unterbrochen haben, sich bei einer der nachfolgenden Stellen anzumelden:

Parteisekretariat, Wilhelmstraße 47 II.
Bezirk Südstadt: Friedr. Möhrlein, Werderpl. 31, 3.
Bezirk Weststadt: Heinr. Scheuermann, Goethestraße 49, 4
Bezirk Oststadt: August Gemler, Gottesauerstr. 20, 4.
Bezirk Altstadt: W. Volk, Humboldtstraße 12, 1 rechts.

Genossen, die den Posten von Unterkassierern übernehmen wollen, mögen sich bei Kassier Möhrlein, Werderplatz 31, 3 melden.

Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht

Wegen Aufnahme in den badischen Staatsverband wende man sich an das Parteisekretariat. Sprechstunden von halb 9 Uhr bis 1 Uhr und 3 Uhr bis halb 7 Uhr abends.

Das Büro befindet sich: Wilhelmstraße 47, 2. St. :: Telephon 2300.

Hat jeder schon seine Pflicht getan

und einen freiwilligen Beitrag zum Wahlfond geliefert?

Wenn nicht, dann ist es Zeit, daß dies geschieht. Freiwillige Beiträge und Anmeldungen zur Partei werden angenommen auf dem Parteisekretariat, **Wilhelmstr. 47**, Telephon 2300, sowie bei allen Vertrauensleuten. Sammellisten zum Zeichnen sind ebenfalls ausgegeben.

Quittung. An freiwilligen Beiträgen zu den Kosten für die Nationalwahlen gingen ein:

Von Ungenannt 300 Mk. Vorher eingegangen 663 Mk., zusammen 963 Mk.

Weitere freiwillige Beiträge nehmen entgegen die Vertrauensleute der Partei, Expedition und Redaktion des „Volksfreund", sowied er Parteisekretär A. Abele, Wilhelmstraße 47. Telephon 2300.

Letzte Nachrichten.

Ablieferung des rollenden Materials.

Genf, 2. Dez. Aus Paris meldet „Havas", daß von deutscher Seite bereits die Ablieferung des rollenden Materials gemäß den Waffenstillstandsbedingungen begonnen hat und daß die erste Rate der Eisenbahnwagen an der französischen Grenze von der Kommission abgenommen worden ist.

Im besetzten Aachen.

Aachen, 2. Dez. Die Belgier, die gestern die Stadt besetzt haben, haben sofort eine Reihe strenger Bestimmungen erlassen und auf Verstöße gegen zahlreiche dieser Bestimmungen die Todesstrafe gesetzt. So muß jeder Bürger vor einem feindlichen Offizier den Bürgersteig verlassen und grüßen. Die Wohnungen und Läden müssen bei eintretender Dunkelheit hell erleuchtet werden. Die Lichtspielunternehmungen und die Kaffeehäuser sind geschlossen. Von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens darf niemand auf der Straße sein. Alle Waffen müssen abgeliefert werden. Wer mit einer Waffe auf der Straße betroffen wird, wird auf der Stelle erschossen. Es sind zehn Geiseln aus den ersten Kreisen der Bevölkerung genommen worden, die täglich gegen andere abgelöst werden. Die Besatzung wurde in Schulen einquartiert.

Die Amerikaner in Trier.

Trier, 2. Dez. Amerikanische Truppen sind am Sonntag nachmittag 2 Uhr in Trier eingerückt. Das 6. amerikanische Infanterieregiment hat die Stadt besetzt. Gestern fanden weder Durchmärsche amerikanischer Truppen statt, die in der Richtung nach Koblenz marschierten. In der Stadt herrscht Ruhe. Den Dienst der Bürgerwehr hat die amerikanische Besatzung mit der Polizei übernommen. Eine Verfügung des Oberbürgermeisters im Auftrage des amerikanischen Kommandierenden bestimmt die Abgabe sämtlicher Waffen zum 5. Dezember. Die amerikanischen Truppen dürfen die Wirtschaften zwischen 5 und 9 Uhr nachmittags besuchen.

Briefkasten der Expedition.

An mehrere unserer Filialinhaber. In den letzten Tagen laufen bei uns häufig Klagen ein wegen verspäteten Eintreffens unserer Zeitungssendungen. Wir bemerken demgegenüber, daß trotzdem wir immer noch recht erhebliche technische Schwierigkeiten bei der Herstellung unseres Blattes — und das trifft für alle Zeitungen zu — gut überwinden haben, wir in den letzten Monaten immer unsere Zeitungssendungen pünktlich zur Bahnpost geben konnten. Für die Verspätungen kann also nur der Postbahnbetrieb verantwortlich gemacht werden. Ganz lassen sich natürlich unter den derzeitigen Verhältnissen begreiflicherweise Verspätungen nicht vermeiden. In Fällen, in denen häufig Störungen vorkommen, reklamiere man bei der Postanstalt und nötigenfalls auch bei uns.

Nach Rotenfels! Sie senden uns gestern eine, wie Sie mitteilen, einstimmig gefaßte Resolution zu, worin dagegen lebhaft protestiert wird, daß seit 14 Tagen unsere Volksfreundsendung in Rotenfels verspätet, manchmal recht verspätet, eintrifft. Es wird nicht gesagt, gegen wen protestiert wird. Wir können mitteilen, daß unsere Expedition tagtäglich die Sendung mit den übrigen Zeitungen pünktlich und zwar spätestens um ½12 Uhr beim Bahnpostamt hier auflieferte. Wegen der Unregelmäßigkeiten ist Untersuchung eingeleitet und wir werden nicht verfehlen, das Ergebnis derselben an dieser Stelle bekanntzugeben. Es wäre aber doch viel besser gewesen, man hätte uns, und zwar gleich, als die Unregelmäßigkeiten eintraten, davon verständigt, als jetzt eine Versammlung mit der Sache zu behelligen. Also, in Zukunft bitte etwas praktischer verfahren, wenn, was wir nicht hoffen werden, wieder Anlaß zu Beschwerden vorliegt.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten **Hermann Kabel**; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton **Hermann Winter**; für den Anzeigenteil **Gustav Krüger**, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Soz. Verein.) Mittwoch, 4. Dez., abends 8 Uhr, beginnend, findet im „Lamm" eine **Parteiversammlung** statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Nationalwahlen.
5989 Der Vorstand.

Danksagung.

Für die überaus aufrichtige Teilnahme an dem so herben Verluste unseres unvergeßlichen lieben Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Schwagers und Onkels

Hermann Märker, Witwer

sagen wir allen unseren tiefgefühltesten Dank.
Besonders danken wir für die Begleitung zur letzten Ruhestätte, sowie für die schönen Blumenspenden.

Karlsruhe, den 3. Dezember 1918. 5984

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Arbeiter- und Soldatenrat Karlsruhe.

Am Mittwoch, den 4. Dezember 1918, abends 8 Uhr findet im **großen Rathaussaale** unsere

Vollversammlung

statt, wozu wir hiermit einladen. **Eintritt nur gegen Ausweis gestattet.** 5981

Der Vorstand.

Aufforderung zur Anmeldung für die Wählerliste.

Nach § 1 der Verordnung der Badischen vorläufigen Volksregierung über die Wahlen zur verfassunggebenden badischen Nationalversammlung vom 20. November 1918 finden diese Wahlen **am Sonntag, den 5. Januar 1919,** statt.

Die verfassunggebende Nationalversammlung besteht aus 107 Abgeordneten. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Abstimmung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Zur Abstimmung bei der Wahl der Abgeordneten zur Nationalversammlung sind **alle am Tage der Wahl** mindestens **20 Jahre alten männlichen und weiblichen Badener** berechtigt, welche im Zeitpunkt der Wahl im Lande ihren Wohnsitz haben.

Die in den Wahlbezirken der Stadt Karlsruhe zu wählenden Abgeordneten werden von den Wahlberechtigten gewählt, die im Zeitpunkt der Wahl **in Karlsruhe ihren Wohnsitz haben.**

Für die zum aktiven Heere gehörenden Militärpersonen gilt als Wohnsitz der Standort, an dem sie sich am Wahltage in Baden befinden.

Die Wählerliste wird auf Grund der Anmeldungen der Wahlberechtigten aufgestellt.

Zu diesem Zwecke haben sich alle hier wohnhaften Wahlberechtigten in **Hauslisten** einzutragen. Die Hauslisten werden in den nächsten Tagen von der Schutzmannschaft an die Hausbesitzer verteilt werden. Die **Hausbesitzer** holen die Hauslisten unter die in ihrem Hause wohnenden **Haushaltungsvorstände** der Reihe nach in Umlauf zu setzen und dafür zu sorgen, daß **diese die Hausliste** nach der auf der Liste abgedruckten Anleitung **umgehend ausfüllen.** Etwa weiter benötigte Hauslisten sind bei der nächsten Polizeiwache abzuholen. Der Hausbesitzer hat die Eintragung zu prüfen und zu bescheinigen, daß nach seinem Wissen falsche Angaben in die Liste nicht eingetragen sind. Die Listen hat der Hausbesitzer spätestens **am 7. Dezember** bei der nächsten Polizeiwache abzugeben. Nur wenn uns **alle Beteiligten, namentlich die Hausbesitzer, nach Kräften unterstützen, ist es möglich, die außerordentlich umfangreiche Arbeit in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit zu bewältigen.** 5976

Karlsruhe, 2. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Beachtenswertes Angebot!

Trotz der herrschenden Knappheit auf dem Büchermarkte war es uns möglich, eine größere Partie

Jugend-Schriften

zu erwerben u. offerieren solche zum Einheitspreise von **3.25** pro Band (nach auswärts 30 Pfg. Porto).

Die Bücher bieten inhaltlich eine gediegene Lektüre und präsentieren sich in geschmackvollem Einband, so daß sich dieselben sehr vorteilhaft zu

Gelegenheits- und Weihnachtsgeschenken

eignen. Aus der reichhaltigen Auswahl empfehlen wir besonders:

Eine Sammlung schönster Märchen mit farbigen Abbild.;
Berger, C., „1001 Nacht", I. Teil;
Berger, C., „1001 Nacht", II Teil;
mit farbigen Abbildungen;
Berger, „Der Märchen-Wundergarten", I. Teil;
Berger, „Der Märchen-Wundergarten", II. Teil;
Grimm, J. u. W., „Kinder- und Hausmärchen", mit Farbendruck-Illustrationen und Aquarellen;
Andersen, H. C., „Ausgewählte Märchen für die Jugend", mit 4 Dreifarbendrucken;
Hoffmann, Fr., „Robinson Crusoes Abenteuer", mit 4 Dreifarbendrucken und Originalzeichnungen;
Hoffmann, Fr., „Hauffs Märchen", mit 4 Farbendrucken;
Erdmann, Gustav, „Die Emden und ihr Kommandant", mit 6 Bildern;
Hofmann, Else, „Wenn du noch eine Mutter hast", mit 3 Abbildungen;
Hofmann, Elise, „Aus goldener Mädchenzeit", mit 3 Bildern.
Eschenbach, Olga, „Fern von der Heimat", mit 3 Bildern.
Schanz, Frida, „Hand in Hand", mit 3 Bildern.
Zastrow, K., „Heideröschen", mit 3 Abbildungen.

Bei den nunmehr begonnenen langen Winterabenden **gibt es** für unsere Jugend keinen besseren Unterhaltungsstoff als ein gediegenes Buch.

Frühzeitiger Einkauf ist empfehlenswert, da der Vorrat bald vergriffen sein dürfte. Die Bände sind auf einem besonderen Tische zur Ansicht ausgelegt und ist Einsichtnahme ohne Kaufzwang gerne gestattet.

Buchhandlung Volksfreund Karlsruhe
Luisenstraße 24, Telephon 128.

Sozialdem. Partei Karlsruhe.

Am Dienstag, 3. Dezember, abends 8 Uhr, finden in nachgenannten Stadtteilen und Lokalen Mitgliederversammlungen statt:

Mühlburg: Gasthaus zum „Hirsch",
Weststadt: „Württemberger Hof",
Mittelstadt: Gasthaus zur „Krone" (Ecke Douglas- und Amalienstraße),
Oststadt: Gasthaus zur „Krone" (Ecke Georg-Friedrich- und Rintheimerstraße),
Südstadt: Restauration zur „Deutschen Eiche",
Altstadt: „Kronenfels" (Kronenstraße).

Tagesordnung:

„Die badischen Nationalwahlen; unsere Vorbereitungen und Arbeit."

Parteigenossen! Es gilt, die Errungenschaften der Revolution festzuhalten und auszubauen. Erscheine daher jedes Mitglied (Männer und Frauen) in der Versammlung seines Bezirkes.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

In den ersten Tagen der Staatsumwälzung sind, weil seitens der Reichsregierung grundlegende Entlassungsbestimmungen noch nicht herausgegeben waren, vielfach auch Leute der Jahrgänge 1896 bis 1899 zur Entlassung gelangt. Diese Leute müssen als zu unrecht entlassen bezeichnet werden und sind nach einer Verfügung des Ministeriums für militärische Angelegenheiten und des stellv. Generalkommandos 14. A.-K. baldigst einem nächstgelegenen Ersatztruppenteil ihrer Waffe wieder zuzuführen. Die Angehörigen der oben genannten Jahrgänge werden deshalb hiermit aufgefordert, sich, falls noch nicht geschehen, **sofort** beim Bezirkskommando Karlsruhe (soweit sie in dessen Landwehrbezirk wohnhaft sind), Hauptmeldeamt, Kaiserstraße 8, anzumelden. Ihre Wiedereinstellung wird in allernächster Zeit vom Bezirkskommando veranlaßt. 5962

Karlsruhe, den 30. 11. 1918.

Bezirkskommando Karlsruhe.
Gegengezeichnet:
Arbeiter- und Soldatenrat Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Nach der Verordnung vom 12. 11. 1918 sind alle Waffen und Munition, die aus militärischen Beständen in die Hände der Zivilbevölkerung gelangt sind, beim Bezirksamt abzuliefern. Bis jetzt wurde aber nur eine ganz geringe Anzahl abgeliefert, so daß angenommen werden muß, daß sich noch große Mengen Waffen und Munition in den Händen der Zivilbevölkerung befinden.

Nach der Verordnung vom 16. 11. 1918 ist ferner der Verkauf von Gegenständen, die im Eigentum der Heeresverwaltung stehen (Pferde, Wagen, Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, Lebensmittel) nur durch die Militärbehörde zulässig. Jeder anderweitige An- und Verkauf ist verboten und rechtsungültig.

Es ist bekannt, daß sich in den Händen der Zivilbevölkerung noch große Bestände der genannten Art befinden.

Wir fordern daher, unter Hinweis auf die Strafbestimmungen, hiermit nochmals auf, unverzüglich alle Gegenstände, die Militärgut sind, abzuliefern.

Die Ablieferung hat in Karlsruhe zu erfolgen bei der dem Garnisonkommando unterstellten „Abt. für Bergung und Bewachung von Staatsgut", Beiertheimer Allee 10, Ecke Gartenstraße, täglich von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags mit Ausnahme von Sonntagen.

Demjenigen, der das in seinem Besitz befindliche Heeresgut daselbst freiwillig abliefert, wird Straffreiheit zugesichert. Sonst wird gegen Besitzer von Heeresgut mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen werden.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1918. 5961

Garnisonkommando.

Bekanntmachung.

Verschiedene Sonderfälle geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Befugnisse der Schutzmannschaft und Gendarmerie nach wie vor bestehen bleiben und den Anordnungen derselben von jeder einzelnen Person unbedingt Folge zu leisten ist. Wer sich den Anordnungen der obengenannten Organe widersetzt, macht sich strafbar und muß im Interesse der allgemeinen Ruhe und Ordnung jede Zuwiderhandlung streng geahndet werden.

Diese Bestimmungen treffen selbstverständlich auch für Militärpersonen zu, die sich ebenfalls den Anordnungen sowohl der Schutzmannschaft und Gendarmerie, wie auch dem Sicherheitsdienst des Arbeiter- und Soldatenrats zu fügen haben.

Durlach, den 30. 11. 18. 5974

Arbeiter- und Soldatenrat Durlach.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß Unteroffizier **Mulley** infolge anderweitiger Stellenannahme aus dem Arbeiter- und Soldatenrat Durlach mit dem heutigen Tage ausscheidet. Für seine Tätigkeit in unsern Reihen wird gedankt.

Ferner wird das Publikum in Durlach und Umgebung gebeten, etwaige Vorkommnisse von Mitgliedern des Soldatenrats, die berechtigt wären, Mißtrauen hervorzurufen, sofort dem 1. Vorsitzenden zu melden.

Zur Aufklärung dient ferner, daß der Monteur **Wächter** nicht zuständiger Chauffeur des Arbeiter- und Soldatenrats ist, sondern nur versuchsweise bei uns beschäftigt war und mit dem heutigen Tage seine Dienste bei uns erledigt sind.

Durlach, den 2. Dezember 1918. 5975

Soldatenrat Durlach.
Der 1. Vorsitzende.

Email-Geschirre
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 4692
Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.

Mehrere tüchtige
Schuhmacher-Gehilfen
können bei mir sofort eintreten auf neue Arbeit und Sohlerei bei bester Bezahlung. 5823
Ebendaselbst wird ein der Schule entlassenes
Lehrmädchen
aus guter Familie für die Stepperei **sofort gesucht.**
Ludwig Seitz
Schuhmachermeister
Anstalt für orthop. Fußbekleidung
Zähringerstraße 59.

Taschenuhren
auch reparaturbedürftig, kauft
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft 5048
Markgrafenstraße 22.

Stimmkrankheiten
und Stimmbeschwerden (Lehrerkrankheit — heisere Kommandostimme — Kratzen im Halse — usw.) entstehen in sehr vielen Fällen durch **falschen Stimmgebrauch** und sind **dauernd** nur durch **richtigen Stimmgebrauch** heilbar. 5978
Karlsruhe i. B. Liebigstr. 25.
Sprechst.: Mont. u. Donnerst. 3—4. Fernsprecher: 3709.
Paul Paschen
Mitgl. d. Bad. Landestheaters, Lehrer für Stimmpflege und Sprechkunst.

Suche sofort eine gebrauchte, gut erhaltene
Hobelbank zu kaufen.
Näheres durch die Geschäftsstelle des „Volksfreund" unter Nr. 5966.

COLOSSEUM
Bekanntmachung.
Infolge der früheren Polizeistunde (10 Uhr) beginnen die Vorstellungen ab
Montag den 2. Dezember
Abends ½8 Uhr.
Kasseneröffnung ¾7 Uhr. 5901

Bad. Landestheater zu Karlsruhe.

Dienstag, den 3. Dezember 1918. 5977
Dienstagsmiete Nr. 13.
Die lustigen Weiber von Windsor.
Komisch-phantastische Oper in 3 Akten, mit Tanz, nach Shakespeares gleichnamigem Lustspiel gedichtet von H. S. Mosenthal
Musik von Otto Nicolai.
Anfang: ½7 Uhr. Ende: gegen ½10 Uhr.

Versand- und Kleiderkartons
in allen Grössen stets vorrätig.
Jede gewünschte Grösse kann sogleich angefertigt werden.
Joh. Nesselhauf
Papierhandlung — Buchbinderei
Kartonagenfabrik, Schützenstr. 46.
5968

Wir suchen eine größere Anzahl
Köchinnen für Privat, 5841
Mädchen für alles,
Mädchen zum Anlernen, sowie
Stundenfrau.
Städt. Arbeitsamt
Zähringerstraße 100
Zimmer 11.

Pelz-Waren
in grosser Auswahl.
Besonders **Alaska-Fuchs**
sowie alle andern Pelz-Arten
empfiehlt wirklich preiswert.
32 Nur Zirkel 32
1 Treppe hoch. W. Lehmann. 5099
Sonntags von 11—6 Uhr geöffnet.

Vermittlung
von
Saatkartoffeln und Gemüsesämereien.

Im allgemeinen Interesse übernehmen wir die kostenlose Vermittlung von **Saatkartoffeln und Gemüsesämereien** und bitten die Landwirte und Gartenbesitzer in Karlsruhe und Umgegend uns ihren Bedarf bis **15. Dezember** angeben zu wollen

Städt. Landwirtschaftsamt Karlsruhe-Rüppurr.

Rechtsauskunftsstelle Rastatt.

Bis zur Wiederherstellung geordneter Verkehrs-Verhältnisse wird die 5963
Sprechstunde des Arbeiter-Sekretariats in Rastatt eingestellt.
Ratsuchende mögen sich persönlich oder schriftlich an das **Arbeiter-Sekretariat Karlsruhe,** Wilhelmstraße 47 II wenden.

Freiplatz.

Im Pfründnerhause der Karl-Friedrich-Leopold- und Sofien-Stiftung in Karlsruhe ist ein Freiplatz aus der Stiftung der Babette Weber zu besetzen.

Nach den Bestimmungen der Stifterin sollen in erster Reihe „nahrungslose Töchter, bedürftige Witwen oder unverschuldet erwerbsunfähig gewordene Söhne" von Offizieren, Aerzten und Beamten, die vor dem 1. Juli 1871 im ehemaligen badischen Armeekorps gedient haben, berücksichtigt werden.

Sind keine Bewerber aus diesem Kreise vorhanden, so kann der Freiplatz unter gleichen Voraussetzungen auch an Hinterbliebene „Großherzoglich badischer Zivilstaatsdiener" vergeben werden.

Etwaige Bewerbungen um obigen Freiplatz sind innerhalb vier Wochen beim Verwaltungsrat der Karl-Friedrich-Leopold- und Sofienstiftung hier, Stefanienstraße 98, einzureichen.

Karlsruhe, den 30. November 1918. 5983

Der Verwaltungsrat.
gez. Fetzer.

Großer Posten
Carbid-Lampen
eingetroffen. 5333
Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Hartung & Rüger
Marienstraße 63. — Telephon 3211.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir einen erfahrenen
Ingenieur.
Bewerbungen mit Lebenslauf Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche bis **längstens 14. Dezember 1918 an Städt. Tiefbauamt Karlsruhe.** 5980

Vorbereitung zu Prüfungen und Nachhilfestunden in Mathematik, Physik, Chemie und anderen naturwissenschaftlichen Fächern erteilt erfahrener Student. Gefl. Zuschriften unter Nr 5970 an die Geschäftsstelle des Volksfreund erbeten.

Danielskonfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Plüsch- und Tuchmäntel
Paletots, Röcke
Jackenkleider, Blusen
PELZE
Plüschgarnituren
— Keine Ladenspesen. —
Telephon 1846
Sonntags von 11—6 Uhr offen.

Zu verkaufen:
Ein schwarzes Frauenkleid mit Jacket, Trauerhüte, Nachtjacken und verschied. Frauenartikel.
Näheres **Georg-Friedrichstraße 3,** bei Häusler. 5965

Nähmaschine
sowie **Schreibmaschine,** sehr billig abzugeben 5972
Zähringerstraße 37, 1. St

100 Postkarten 2, 3, 4, 5, 6 M. franko
Alle Sorten, Muster gratis. 100 Briefmappen ⅝ von 12M. an. P. Wagenknecht Verl. Leipzig 1b

Ein **Fußballstiefel,** fast neu, preiswert zu verkaufen 5969
Goethestraße 9, 1. St.

Achtung! 5047
Umzüge mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbsthilfe und geübten Leuten gut und billig ausgeführt.
Näheres **Adam Werle,**
Göthestr. 21, 4. St.

Willkommen tapfere Krieger!
Pflanzt jetzt recht Obstbäume,
Spalierobstbäume in der Heimat wieder, 5979
Pflanzt Obstbäume an Straßen, Feldwegen und Ackerland,
Pflanzt Obst albstämme in alten Weinbergen, Bergwiesen und Hügelland,
Pflanzt Spalierobstbäume in jeden Garten u. an jede Wand,
Pflanzt Himmbeer, Brombeer, Erdbeer, Joh. u. Stachelbeeren
Empfehle starke tragb. Bäume.
Klotz, Baumschulen
Bruchsal.

Ausgekämmte
Frauenhaare
kauft 5508
Oskar Decker, Haarhandlung,
Kaiserstr. 22.

Doppelflinte
sowie **Büchsflinte** billig abzugeben. 5978
Zähringerstraße 37, 1. St.

Rasier-Klingen
(Gillette), werden haarscharf geschliffen, Stck. 10 Pfg. 5509
Kaiserstr. 34, Laden.

Schuhmacher
gesucht außer dem Hause auf Sohlen und Flecken 5971
Wohlhüter, Klauprechtstr. 18.

Schuhe. 5948
Haus- und Straßenschuhe werden angefertigt bei
Frau Wachter
Wilhelmstr. 4, Hinterh. 3. St.
Stoff und Faden mitbringen.

Schneider und Schneiderinnen,
für Zivil- und Lieferungsarbeit, sucht
Hans Leyendecker
Kaiserstraße 177.